

Holzarbeiter Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 10

Berlin, den 5. März 1932

40. Jahrgang

An die Gewerkschaftsmitglieder! Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um eure und eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschland, um die Deutsche Republik und ihre Verfassung.

Eure geschworenen Feinde sind die in der „Nationalen Opposition“ zu einem Haßbündnis vereinigten Partelen. So bitter sie sich untereinander befehden, sie haben ein gemeinsames Ziel, ihre unbeschränkte Vorherrschaft auf eure Knechtschaft zu gründen.

Laßt euch durch ihr Kampfgeschrei gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen. Ihr Ansturm gegen das „heutige System“ richtet sich gegen die deutsche Arbeiterbewegung, ist ein Kreuzzug wider den Sozialismus, gilt der Vernichtung der Gewerkschaften.

Eure Feinde können nur triumphieren durch eure Zwietracht. Sie müssen zuschanden werden an eurem einmütigen Willen, der faschistischen Bewegung auf deutschem Boden Halt zu gebieten. Die geschichtliche Stunde ruft euch auf zu einheitlicher Abwehr.

Wollt ihr, daß die Not, die diese beispiellose Krise auf euch häuft, auch noch zu eurer politischen Entrechtung ausgenutzt wird? Wollt ihr wieder wie einst der Willkür eurer Unternehmer ausgeliefert sein? Wollt ihr, daß an Stelle der Gewerkschaften, die heute Träger eures Willens sind, willenlose Befehlsempfänger eines faschistischen Staates treten? Wollt ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedereroberung eurer Rechte gewährleiten?

Ihr wollt das nicht, ihr könnt das nicht wollen!

Der Verschwörung der Kriegshetzer von gestern und heute, dem Ansturm der Feinde eurer Freiheit müßt ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten. Ihr müßt dem Massenwahn des Faschismus die Kraft eures unbeirrbareren politischen Willens entgegensetzen. Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Unterstützung einer aussichtslosen Sonderkandidatur Hitler oder Hugenberg in den Sattel helfen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, wir rufen euch auf, dem seitherigen Reichspräsidenten Hindenburg eure Stimme zu geben.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Nieder mit dem Faschismus!

Die Wahl des Reichspräsidenten am 13. März wird eine Machtprobe von außergewöhnlicher Bedeutung werden. Der Faschismus hat seinen Anspruch auf das höchste Amt angemeldet; es gilt, ihm am 13. März eine entscheidende Niederlage zu bereiten.

In einer Naziversammlung in Berlin hat der kleine Goebbels nicht nur die Kandidatur Hitlers angemeldet, er hat ihm seinen Hörern auch gleich als den künftigen Reichspräsidenten vorgestellt und damit stürmischen Beifall geerntet. Ganz so sicher war er aber seiner Sache doch nicht, denn er wußte, als er den bevorstehenden Sieg des Idols der Nazis proklamierte, daß die Harzburger Front der Reaktionäre, die den Sieg des Faschismus sichern sollte, schon vor dem Kampfe zerbrochen war.

Neben Hitler ist der deutschnationale Zeitungskönig Hugenberg der prominenteste Vertreter der Harzburger

Front. Er hat sich um die Förderung der Nazibewegung große Verdienste erworben. Hitler und sein Anhang sollten dem Führer der Deutschnationalen zu Ruhm und Ansehen verhelfen. Das Scholkind der Deutschnationalen ist aber dank der Pflege, die es von den Reaktionären aller Schattierungen erfährt, so gut gediehen, daß es dem Hugenberg nicht nur über den Kopf wuchs, sondern ihm auch ganz in den Schatten stellte.

Mit Ingrimm sah Hugenberg die Entwicklung der Dinge. Er glaubte als Exponent der Harzburger Front den höchsten Anspruch auf den Stuhl des Reichspräsidenten zu haben. Er war es, der im Gegensatz zu dem unschlüssigen Hitler den Plan des Reichskanzlers Brüning zu Fall brachte, nach welchem die Amtsdauer des Reichspräsidenten Hindenburg durch einen mit Zweidrittelmehrheit zu fassenden Beschluß des Reichstags verlängert

werden sollte. In der dadurch notwendig gewordenen Volkswahl hoffte Hugenberg von der Harzburger Front auf den Schild gehoben zu werden.

Die Uneinigkeit in der Harzburger Front zeigte dem Fuchs Hugenberg, daß für ihn die Trauben zu sauer sind. Er verzichtete auf eine aussichtslose Kandidatur, bewirkte aber durch die Aufstellung der Kandidatur des Stahlhelmführers Düstenberg, daß den Nazis das Feld nicht kampfflos überlassen wurde. Nun macht man freilich im Lager der Harzburger aus der Not eine Tugend. Man verkündet, daß die Aufstellung zweier Kandidaten ein taktischer Schachzug sei. Dadurch solle die Entscheidung im ersten Wahlgang verhindert werden. Im zweiten Wahlgang, wo die einfache Mehrheit entscheidet, sei der Sieg des Harzburger Kandidaten, auf den man sich dann einigen werde, um so sicherer.

Die ganze Kalkulation der Reaktionäre der verschiedenen Schattierungen ist aufgebaut auf die Hilfe, die

ihnen durch die Kommunistische Partei bereitwilligst gewährt wird. Die Kommunisten haben den russischen Kavalleriegeneral T e d d y T h ä l m a n n als Kandidaten für die Wahl des Reichspräsidenten aufgestellt. Sie machen kein Hehl daraus, daß sie ihn nur als Zählkandidaten betrachten. Auf den Sieg rechnen sie nicht.

Aus den bei den Wahlen abgegebenen Stimmen kann man schließen, daß ein von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam aufgestellter Kandidat als sehr ernsthafter Bewerber um das Präsidentenamt auftreten könnte. Dieser gemeinsame Kandidat kann aber nicht der geistig völlig unzulängliche Thälmann sein, gegen den überdies starke moralische Bedenken sprechen. Von anderen Dingen abgesehen, sei nur daran erinnert, daß Thälmann im Jahre 1928 wegen der Rolle, die er bei der damals aufgedeckten Unterschlagung von Parteigeldern in Hamburg gespielt hat, durch einstimmigen Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei gezwungen wurde, von seinem Amt als Parteivorsitzender zurückzutreten. Dem Machtspruch Stalins, der seine Kreatur nicht fallen lassen wollte, hatte es Thälmann zu danken, daß seine Rolle damals nicht ausgespielt war.

Aber die Frage einer gemeinsamen Kandidatur war ja gar nicht aktuell. Die KPD. hält auch bei der Wahl des Reichspräsidenten an dem Grundsatz fest, daß die Sozialdemokratie der Hauptfeind sei, den sie auch dann auf das schärfste bekämpfen müsse, wenn es dem Faschismus zum Vorteil gereicht. Und so erschien sie mit der Kandidatur von Teddy Thälmann als erste auf dem Plan.

Durch die Kandidatur Thälmann wird eine große Zahl von Wahlstimmen für die eigentliche Entscheidung wertlos. Dadurch steigen die Aussichten für den Faschismus, und das gibt den Faschisten den Mut, sich so anzustellen, als sei ihr Mann schon gewählt. Zu verhindern, daß sich diese Hoffnung erfülle, ist die Pflicht aller demokratisch und republikanisch empfindenden Männer und Frauen. Deutschland darf kein Mussolinien werden! Wenn auch die KPD. dem Hitler die Steigbügel hält, darf er sich doch nicht in den Sattel schwingen.

Um den Sieg des Faschismus zu verhindern, hat die Sozialdemokratie von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten Abstand genommen. Eine sozialdemokratische Kandidatur ist zur Zeit aussichtslos, sie könnte nur, wie die Kandidatur Thälmanns, die Aussichten des Faschismus verbessern. Die Stimmen der Sozialdemokratie werden dem aussichtsreichsten Kandidaten gegen

den Faschismus, dem seitherigen Reichspräsidenten Hindenburg, zufallen. Gewiß nicht aus Begeisterung für den kaiserlichen Generalfeldmarschall, dessen Kandidatur sie vor sieben Jahren auf das heftigste bekämpft hat. Hindenburg ist ein alter Soldat, der in konservativen Auffassungen aufgewachsen ist und der sozialistischen Ideenwelt fern und ablehnend gegenübersteht. Sein Wirken als Reichspräsident hat nicht den ungeteilten Beifall der Arbeiterschaft gefunden. Aber einen Vorzug hat er: Den Eid, den er auf die Reichsverfassung geleistet hat, hat Hindenburg gehalten. Damit hat er die Erwartung derer enttäuscht, die ihn vor sieben Jahren als den „Retter“ begrüßten. Sie hatten gewollt, daß sich der Reichspräsident Hindenburg als Platzhalter der Monarchie fühle, daß er Eid und Verfassung breche und der Wiederherstellung des alten Regimes den Weg ebene.

Diese Hoffnungen hat Hindenburg nicht erfüllt und deshalb wird er von der nationalistischen Clique verworfen und geschmäht, die ihn einst gerühmt

und gefeiert hat, weil sie erwartet hatte, daß er an der Spitze der Republik der Totengräber der Demokratie werden würde. Das Mißtrauen und der Haß, mit dem die Nazis und ihre Hörigen dem Reichspräsidenten entgegengetreten, ist ehrend für Hindenburg.

Am 13. März stehen vier Kandidaten zur Wahl, von denen aber Thälmann sowohl wie Düsterberg als ernsthafte Bewerber nicht in Frage kommen. Die Zahlkandidaten können die Klarheit des Wahlbildes nur verwischen. Das deutsche Volk hat zu entscheiden zwischen Hindenburg und Hitler. Vom Ausfall der Wahl wird es abhängen, ob in Deutschland der Faschismus herrschen soll oder ob die demokratische Verfassung erhalten bleibt. Es geht um die Weimarer Verfassung, die, darüber dürfen wir uns auch durch die Not der Zeit nicht irremachen lassen, die Voraussetzung ist für die demokratische Freiheit und den Aufstieg der Arbeiterklasse. Vor diese Frage gestellt, kann es nur eine Entscheidung geben:

Nieder mit dem Faschismus!

Für die Verstaatlichung des Bergbaues

Der Bergbauindustriearbeiter-Verband hat sich letztthin in einer Reichskonferenz mit der schwierigen Lage des deutschen Bergbaues beschäftigt. Einmütig kam zum Ausdruck, daß der systematische Mißbrauch der wirtschaftlichen und politischen Macht des Privatkapitals im Bergbau die entscheidende Ursache für die organisatorischen Unzulänglichkeiten und Mißerfolge in dieser für die Gesamtwirtschaft lebenswichtigen Industrie ist. Die kapitalistischen Fehler und Mißgriffe der Montankonzerne und Syndikate sollen jetzt durch einen unerhörten sozialen Druck auf die Arbeiter und Angestellten überdeckt werden. Damit aber wachsen nur die sozialen Reibungswiderstände und der Krisenweg wird verlängert.

Gegen diese Mißwirtschaft und Absichten erheben die Bergarbeiter den schärfsten Protest. Sie fordern die Verstaatlichung des Bergbaues, „denn die monopolisierte Bergbauwirtschaft bedarf heute mehr denn je der gemeinwirtschaftlichen Lenkung, die in zureichender Weise nur durch Gemeineigentum an den bergbaulichen Gewinnungsstätten und Bodenschätzen ermöglicht wird. Die freigewerkschaftlichen Bergarbeiter halten es für ihre Pflicht, Staat und Allgemeinheit auf die Dringlichkeit und Durchführbarkeit dieser in immer weiteren Kreisen erkannten wirtschaftsorganisatorischen Grundaufgabe erneut hinzuweisen.“

Auch der christliche Bergarbeiter-Verband hat am gleichen Tage wie die freigewerkschaftliche Organisation die Verstaatlichung des Bergbaues gefordert. Beide Verbände bilden in dieser Frage eine gemeinsame Front, hinter der aber nicht nur alle Bergarbeiter stehen, sondern die Arbeiter aller Industrien.

Helft den Arbeitslosen!

Aus dem Millionenheer der Arbeitslosen geht uns heute der Schrei nach Arbeitsbeschaffung entgegen. Weite Kreise der Öffentlichkeit sind heute so abgestumpft gegen das Elend, das seit Jahren das tägliche Brot von unzähligen jungen und alten Menschen in Deutschland ist, daß sie keinen Begriff mehr von der Not haben, die in den wachsenden Ziffern der Arbeitslosigkeit verborgen ist. Die Zeitungen machen kaum noch Aufhebens davon, wenn die Flut der Arbeitslosigkeit Monat um Monat ansteigt. Die Gewerkschaften dürfen diesen Zustand der Lethargie, der Gleichgültigkeit gegenüber dieser drängendsten Aufgabe der Zeit nicht dulden. Von dieser Tagung des Ausschusses muß der Verzweiflungsschrei der Massen verstärkt weitergegeben werden, damit er endlich Gehör findet. Die Gewerkschaften müssen ein Stück ihrer wohlüberlegten Haltung, ihrer kühlen Mäßigung aufgeben, denn offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Änderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuscheuchen. Sie wissen, daß eine Lösung des Arbeitslosenproblems schwierig ist. Sie wissen, daß die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung heiß umstrittene Fragen aufwirft. Aber sie müssen eine Lösung finden. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Im Namen aller deutschen Arbeiter, im Namen der ungezählten Frauen und Männer, die seit Jahr und Tag ohne Arbeit sind, muß der Bundesausschuß seine Stimme erheben.

*Theodor Leipart
in der Bundesausschußsitzung
am 15. Februar 1932.*

... ist ein Bluthund

„Wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund“, so heißt es in der Bibel, im Buche Sirach 34, 27. Das ist aber schon sehr lange her, seitdem das Geschriebene wurde, und damals nahm man noch kein Blatt vor den Mund, sondern nannte die Dinge bei ihrem rechten Namen. Heute sind diejenigen, die ihrem Arbeiter den Lohn nicht zahlen, sehr empfindlich, und deshalb werden wir uns sehr hüten, etwa den Fürsten Hohenlohe-Oehringen oder den Leiter seines Forstamtes in Ujest in Oberschlesien einen Bluthund zu nennen. Wir beschränken uns darauf, eine wahre Geschichte zu erzählen.

Am 11. Februar 1932 schrieb der Vertreter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes in Oberschlesien, Kollege Frenzel, an das

Forstamt der Fürstlich-Hohenloheschen Brettmühlenverwaltung in Schloß Ujest einen höflichen Brief. Er machte darauf aufmerksam, daß der größte Teil der Belegschaft der Brettmühle Klein-Althammer, mehr als 20 Mann, seit sechs Wochen keinen Pfennig Lohn oder auch nur Vorschuß erhalten habe. Den Arbeitern war gesagt worden, daß die Löhne nur aus den Einnahmen bei den am Ort vorgenommenen Verkäufen gedeckt werden könnten, und so müßten sie sich gedulden. Kollege Frenzel wies darauf hin, daß dies ein unhaltbarer Zustand sei, der baldigst abgestellt werden müsse.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Es war aber ein trauriger Bescheid, den die „Verwaltung der Hans Fürst zu Hohenlohe-Oehringenschen Stiftung, Slawentzitz-Ujest Oppurg, Forst Ujest“ zu geben hatte. Er wurde daher auf einem Briefbogen mit Trauerrand erteilt, der den genannten Briefkopf trägt. So tief traurig war der Inhalt des Briefes, daß auch der Briefumschlag schwarz umrandet war. Der Trauerbrief selbst hat folgenden Inhalt:

„Wir sind leider nicht in der Lage, Ihrem Ersuchen in gewünschter Weise zu entsprechen, da auch bei uns die schlechte wirtschaftliche Lage es notwendig macht, die Betriebe nur dann aufrecht zu erhalten, wenn die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden. In den Monaten Januar und Februar sind die Einnahmen stets gering, und es wird voraussichtlich erst im März eine Besserung eintreten. Nicht nur für die Arbeiter, sondern allgemein liegen zur Zeit derartige Geldschwierigkeiten vor. Unter diesen Umständen werden es die Arbeiter vorziehen müssen, lieber derartige vorübergehende Schwierigkeiten in den Kauf zu nehmen, als einem Stillstand der Mühle entgegenzusehen.“

Der arme Fürst von Hohenlohe-Oehringen! Sein oberschlesischer Besitz wird zwar auf mehr als 100 Millionen Mark geschätzt, aber seine Verwaltung klagt über die schlechte wirtschaftliche Lage. Wie wäre es, wenn man eine Sammlung veranstalten würde, um den armen Fürsten in die Lage zu versetzen, seinen Arbeitern ihren Lohn zu geben, auf daß man nicht bei Nennung seines Namens unwillkürlich an den alten Jesus Sirach erinnert wird?

Bedenkliche Pläne

Um der ostpreussischen Wirtschaft zu helfen, tritt die „Königsberger Hartungsche Zeitung“ für die „Errichtung einer Kleinindustrie für Massenartikel aus Holz“ in Ostpreußen ein. Sie denkt dabei vor allem an die Herstellung von „Kisten, Holzpflastersteinen, Holzwohle, Holzmehl, Holzschuhen, Jalousien und Bestandteilen für Holzhäuser“. Die Herstellung solcher Holzwaren wäre in Ostpreußen deshalb vorteilhaft, weil der erforderliche Rohstoff in unmittelbarer Nähe vorhanden sei. Besonders lohnend sei die Holzschuhfabrikation. Das wird an Hand einer Rentabilitätsberechnung einer Holzschuhfabrik zu beweisen versucht. Mit neun Arbeitern könnten täglich 500 Paar Pantinen hergestellt werden, deren Herstellungskosten 375 Mk. betragen. Verkauft werden diese 500 Paar ab Fabrik mit 500 Mk., so daß nach Abzug der Zinsen eine tägliche Rente von 100 Mk. herauskommt. Das ist, darin geben wir dem Verfasser des Aufsatzes recht, ein ganz nettes Geschäft.

Die Frage ist nur die: Ist der Holzschuhmarkt so aufnahmefähig, daß neue Betriebe auf regelmäßigen Absatz ihrer Produktion rechnen können? Das ist zu verneinen. Ein Blick auf die Geschäftslage der vorhandenen Pantinenbetriebe zeigt, daß die meisten davon heute so gut wie nichts zu tun haben. Auch in den besten Zeiten herrscht in der Holzschuhfabrikation eine Überproduktion.

Was für die Holzschuhindustrie gilt, trifft auf alle anderen Branchen zu, die in dem Aufsatz der „Königsberger Hartungschen Zeitung“ genannt werden. So sehr wir uns über diese Pläne freuen würden, wenn sie durchführbar wären, so sehr müssen wir sie angesichts der Gesamtlage der Holzindustrie bekämpfen. Was die Holzarbeiter brauchen, sind nicht neue Betriebe, sondern Arbeitsgelegenheit.

Sehr interessant sind in der Rentabilitätsberechnung des fraglichen Aufsatzes die Lohnkosten. Die neuen Arbeiter verdienen zusammen täglich 45 Mk. Das sind 9 Prozent des Verkaufspreises ab Fabrik.

Außerordentlicher Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Mittwoch, den 23. März 1932, im Plenarsaal des Vorl. Reichswirtschaftsrats, in Berlin, Bellevuestraße 15. Beginn: vormittags 9.30 Uhr.

TAGESORDNUNG:

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

Nach dem Beschluß des Bundesausschusses findet eine Neuwahl der Delegierten nicht statt. Die Regelung der Delegation im Rahmen der Bundessatzung ist den Verbandsvorständen überlassen. DER BUNDESVORSTAND. Leipart.

Vier Tage Sturm im Reichstag

Der am 14. September 1930 gewählte Reichstag ist arbeitsunfähig. Die Rechts- und Linksradikalen, die Nationalsozialisten und Kommunisten, haben zwar keine Mehrheit, aber sie sind stark genug, um jede positive Arbeit der Volksvertretung zu verhindern. Die Folge davon ist, daß die Gesetzgebung jetzt in der Hauptsache durch Notverordnungen ausgeübt wird, über deren Aufrechterhaltung oder Aufhebung der Reichstag entscheidet. Das ist ein sehr mangelhafter Notbehelf. Ganz abgesehen von dem materiellen Inhalt der Notverordnungen, fehlt ihnen die gründliche technische Durcharbeitung, die nur in den eingehenden Beratungen in den Kommissionen des Reichstags möglich ist.

Das Plenum des Reichstags wird also nur sehr selten einberufen. Jetzt ergab sich die Notwendigkeit, weil der Termin für die Wahl des Reichspräsidenten vom Reichstag bestimmt werden muß. Das ist allerdings ein Gegenstand, der im Handumdrehen zu erledigen wäre. Aber mit der Beratung dieser Vorlage wurde die Beratung über die vorliegenden Mißtrauensanträge verbunden, die gegen die Reichsregierung im ganzen und gegen einzelne Minister von verschiedenen Parteien gestellt waren. In den vier Tagen, vom 23. bis 26. Februar, wurde daher die ganze innere und äußere Politik erörtert.

Die kurze Tagungsperiode erhielt ihren Stempel dadurch, daß die Nazis ihren Parlamentsstreik unterbrochen hatten und wieder im Reichstag erschienen waren. Ihnen ging es darum, einen neuen Vorstoß zu unternehmen, um mit Hilfe der Kommunisten das Kabinett Brüning zu stürzen. So wie die Dinge zur Zeit liegen, bedeutet der Sturz der Regierung Brüning die Aufrichtung der Herrschaft des Faschismus in Deutschland. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob Hugenberg oder Hitler oder welcher Naziführer sonst mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt würde.

Eine solche Regierung kann natürlich niemals eine Mehrheit im Reichstag erlangen, aber es unterliegt keinem Zweifel,

daß sie dann nicht, wie es die Verfassung vorschreibt, zurücktreten wird. Sie würde unter Bruch der Verfassung und unter Benutzung der staatlichen Machtmittel, über die sie ja dann verfügt, ihre Gewaltherrschaft errichten, aus der sie dann nur mit Gewalt vertrieben werden könnte.

Wenn im Reichstag auch formell über Mißtrauensanträge, über Notverordnungen, über die beantragte Auflösung des Reichstags u. dgl. abgestimmt wurde, so war doch tatsächlich der Reichstag vor die Frage gestellt, ob er dem Faschismus in legaler Weise zur Macht verhelfen will, um ihm die Möglichkeit zu geben, sich der Machtmittel des Staates zur Einrichtung und Festigung der faschistischen Diktatur zu bedienen. Diese Frage hat der Reichstag erfreulicherweise verneint.

Die Rede, die der Reichskanzler Brüning am 25. Februar im Reichstag gehalten hat, war auf Wachsplatten aufgenommen worden und wurde am Abend des gleichen Tages durch den Rundfunk verbreitet. Millionen von Hörern hatten so Gelegenheit, nicht nur den Reichskanzler zu hören, sondern auch die Begleitmusik, die von Nazis und Kommunisten gemacht wurde. Es war beschämend, was hier den Hörern geboten wurde. Dieser Bericht aus dem Reichstag machte eher den Eindruck, als höre man den Zank in einer obskuren Kneipe als die Beratung in der Vertretung des deutschen Volkes.

Am 26. Februar fanden die mit Spannung erwarteten Abstimmungen statt. Die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning wurden mit 289 gegen 264 Stimmen abgelehnt. Der Ansturm der Nazis war abgeschlagen und sie quittierten darüber durch den erneuten Auszug aus dem Reichstag. Der Reichstag hat sich sodann auf unbestimmte Zeit vertagt.

Mit dieser Tagung des Reichstags ist der Wahlkampf um das Amt des Reichspräsidenten eröffnet. Das Ergebnis dieses Kampfes muß eine vernichtende Niederlage des Faschismus sein.

Keine Halbgötter

Mit der Sanierung der Großbanken ist ein unerfreuliches Kapitel der deutschen Wirtschaftsgeschichte zum Abschluß gekommen. Damit haben die Vorgänge, die im Juli 1931 zu dem Zusammenbruch des deutschen Bankwesens führten, aber nicht an Interesse verloren. Sehr lehrreich werden die damaligen Ereignisse von Hans E. Priester in einer kleinen, soeben erschienenen Broschüre „Das Geheimnis des 13. Juli“ geschildert.

Wie kam also der Stein ins Rollen? Voraussetzung für die deutschen Kreditschwierigkeiten ist natürlich der Umstand gewesen, daß die deutschen Banken kurzfristige Kapitalien im Auslande aufnahmen und sie langfristig im Inlande ausliehen. Dabei hat man stillschweigend angenommen, daß das Ausland sein Geld nie zurückverlangen werde. Diese Annahme war jedoch nur unter einer Voraussetzung richtig, nämlich unter der Voraussetzung, daß die ausländischen Kapitalisten Vertrauen zu Deutschland haben, vor allem Vertrauen in die Solidität der deutschen Industrie und der deutschen Banken. Nun ist aber dieses Vertrauen des Auslandes in systematischer Weise von deutscher Seite untergraben worden. Schacht reiste nach Amerika und schilderte dort die Situation der deutschen Wirtschaft grau in grau und fand dank seiner früheren Stellung als Reichsbankpräsident aufmerksame und interessierte Zuhörer. Seine Grundauffassung über „das Ende der Reparationen“ wurde von ihm vor allem durch den katastrophalen Zustand der deutschen Wirtschaft begründet. Die amerikanischen Kapitalisten wurden stutzig. Noch stutziger wurde aber die internationale Finanz durch die nationalistische Flut in Deutschland, insbesondere natürlich durch das Ergebnis der Reichstagswahlen. Durch diese nationalistische Welle wurde aber die Regierung Brüning noch mehr in die falsche Richtung getrieben. Am 21. März 1931 wurde der Plan einer Zollunion mit Österreich veröffentlicht. Dr. Luther bezeichnete diesen Schachzug der Reichsregierung als das Herauskommen „aus dem Schutzengraben der Außenpolitik“. „Endlich nach langen Jahren des Wartens wird auch hier wieder zum Bewegungskrieg übergegangen werden.“

Dieser diplomatische „Bewegungskrieg“ hat jedoch vor allem für die deutsche Wirtschaft traurige Folgen gehabt. Es vergingen kaum sieben Wochen, und die größte Bank Österreichs, die Credit-Anstalt, eine Rothschild-Bank übrigens, war zusammengebrochen. Dieser Zusammenbruch ist wahrscheinlich auf einen Gegenstoß der französischen Finanz zurückzuführen, obgleich hier auch andere Kräfte öffentlichen und privaten Charakters im Spiel waren. Bei dem engen Zusammenhang zwischen der österreichischen und der deutschen Wirtschaft hat der Zusammenbruch der österreichischen Credit-Anstalt den deutschen Kredit schwer erschüttert. Nun begann vom Auslande her ein schweres Trommelfeuer gegen deutsche Wertpapiere. Man wollte sie um jeden Preis loswerden. „Heraus aus der deutschen Wirtschaft!“ lautete die Parole. Ebenso wie man früher unbeschadet Milliarden in Deutschland angelegt hatte, ebenso versuchte man jetzt, kopflos genug, deutsche Wertpapiere abzustößen. Hand in Hand mit diesem Sturm gegen die langfristige Kapitalanlage in Deutschland ging natürlich, wie immer, der Abwurf von kurzfristig geliehenen Auslandsgeldern.

Alles andere ergab sich sozusagen von selbst. Der Zusammenbruch der Nordwolle hat die Situation zwar erheblich verschlimmert, aber auch ohne diesen Zusammenbruch war die Lage der deutschen Banken schlimm genug. Hilfe konnte nur vom Auslande kommen. Es kommt nun aber alles darauf an, ob das Ausland helfen wollte und konnte. Man muß es sowohl der Reichsregierung als dem Reichsbankpräsidenten lassen, daß sie vieles versucht haben, um diese auswärtige Hilfe zu bekommen. Aber man kann rückschauend heute sagen, daß sie diese Hilfe nicht in der Richtung gesucht haben, wo sie einzig und allein zu finden war, und daß die ganze Aktion zu spät kam, um erfolgreich zu sein.

Um es ganz kurz zu sagen: Amerika und England, vor allem der englische Noten-

bankpräsident Montague Norman wollten helfen, konnten es aber nicht. Die französische Regierung und die französische Finanz konnten helfen, wollten es jedoch nicht. Unter diesen Umständen konnte auch die Hoover-Aktion keinen Erfolg haben. Es ist aber höchst merkwürdig, daß man während einiger Stunden und sogar Tage daran geglaubt hat. Aber bereits in der ersten Juliwoche hat es mit absoluter Sicherheit festgestanden, daß Amerika gegen Frankreich Deutschland nicht helfen wird. Auf eine Kredithilfe aus Paris konnte man jedoch nur dann rechnen, wenn man zuvor zu einer politischen Verständigung mit Frankreich kam. Dieser Weg war aber gründlich verbaut. Hier konnte auch der berühmte Rundflug Dr. Luthers durch die europäischen Hauptstädte, der in zwölfter Stunde unternommen wurde, nicht helfen. In Paris wurde Luther durch den französischen Finanzminister Flandin eine Denkschrift über die Voraussetzungen für die französische Kredithilfe überreicht. Wir wissen, daß in dieser Denkschrift die österreichische Zollunion und der Panzerkreuzer B eine sehr große Rolle spielen.

Als Dr. Luther, nach dem endgültigen Scheitern seiner Mission, am 11. Juli nachmittags auf dem Tempelhofer Flughafen landete, war eigentlich alles bereits entschieden. Es kommen nun die schlaflosen Nächte der Bankdirektoren und der Reichsregierung, im Laufe deren es jedem, der es noch bis jetzt nicht gewußt hat, klar wurde, daß man alle Gelegenheiten gründlich verpaßt hat. Man suchte noch zu retten, was zu retten war. Schließlich muß man zugeben, daß man in diesen furchtbaren Tagen und Nächten viel Mut und Entschlußkraft an den Tag gelegt hat. Aber warum nicht früher? Regieren heißt voraussehen — sagt ein altes Sprichwort. Hier ist aber nichts vorausgesehen worden. Ganz im Gegenteil! Es hat sich ein erstaunlicher Mangel nicht nur an aller Voraussicht, sondern auch an Kenntnis der eigenen Lage gezeigt. Die Bankgewaltigen kannten den Stand ihrer Verpflichtungen nicht, die Regierung war über die entscheidendsten Ereignisse und Zusammenhänge auf dem Gebiete der Wirtschaft nicht informiert.

Die Welt wird tatsächlich mit einem ziemlich geringen Aufwand an Genialität regiert. Es sind keine Götter, ja nicht einmal Halbgötter, die über unser Schicksal entscheiden. Und es würde wirklich nicht zum Schaden der Volkswirtschaft ausschlagen, wenn man die Öffentlichkeit und die Parlamente nicht so völlig im unklaren über die wichtigsten Dinge der Wirtschaft und der Politik lassen würde. G. B.

Sanierung der Großbanken

Der 22. Februar 1932 ist für die deutsche Wirtschaftsgeschichte ein großer historischer Tag. An diesem Tage hat der Staat in die Wirtschaft eingegriffen, wie noch niemals zuvor. Eingegriffen an einer Stelle, wo der Schalthebel der ganzen kapitalistischen Wirtschaft ist: in die Großbanken. Die Reichsregierung hat das, wie der Reichsfinanzminister ausdrücklich betonte, nicht gern getan, sie mußte eingreifen, weil die Bankleitungen es wollten und weil sonst das ganze bürgerliche Bankwesen zusammengebrochen wäre.

Ein solcher Zusammenbruch hätte die schon ohnehin schwere Lage der deutschen Wirtschaft noch stark verschlimmert. Die Großbanken mußten saniert werden, und das ist am 22. Februar geschehen mit rund 800 Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln.

Durch diese Sanierungsaktion befinden sich von den im ganzen vier Großbanken nun drei, und zwar die Dresdener und Danatbank, die Commerz- und Privatbank und die Reichs-Kreditgesellschaft, mit der Mehrheit des Aktienkapitals in öffentlichem Besitz. Auch die vierte Großbank, die Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft, kann ohne öffentliche Mittel nicht mehr leben.

Mit dieser Sanierungsaktion der Großbanken findet eine Entwicklungsepoche ihren Abschluß, die, rein äußerlich betrachtet, mit den Reichstagswahlen im September 1930 begann und in den kritischen Julitagen 1931 ihren Höhepunkt erreichte. Als damals fast alle Großbanken zusammenzukrachen drohten, wandten sich ihre Leitungen an die Reichsregierung um Hilfe. Diese sprang auch sofort mit Hilfsmaßnahmen ein. Der Reichskanzler Brüning erklärte damals, daß, nachdem der Staat auf dringendes Ersuchen der Bankleitungen sich rettend und schützend vor die Banken gestellt habe, habe er nun auch die Pflicht, sich einen Einfluß auf die Bankleitungen zu sichern, damit ähnliche Vorkommnisse wie im Juli 1931 in Zukunft vermieden werden.

Dieses Versprechen hat die Reichsregierung bisher nicht wahrgemacht. Wohl besitzt das Reich die Aktienmehrheit von drei Großbanken, was die Bankleitungen mit dem öffentlichen Gelde machen, soll aber anscheinend nach wie vor ihre eigene Sache sein. Das geht nicht! Jetzt, wo die Großbanken ohne öffentliche Unterstützung überhaupt nicht mehr leben können, hat der Staat noch mehr als sonst schon die Pflicht, die Führung im Bank- und Kreditwesen an sich zu reißen und durch planmäßige und bewußte Zusammenfassung aller finanziellen Kräfte die Entwicklung der deutschen Wirtschaft zu beeinflussen und für alle Zeiten zu beherrschen. Das ist auf diesem Gebiete die Forderung des Tages.

Schiebung

Adolf Hitler will Reichspräsident werden, dazu muß man aber Deutscher sein, und der große Trommler ist staatenlos. Als Deserteur, der sich vor dem Heeresdienst in seiner österreichischen Heimat in das deutsche Ausland rettete, hat er die österreichische Staatsangehörigkeit verloren und in Deutschland hat er noch keine erworben. Die von seinem Freund Frick betriebene Schiebung ist mißglückt. Die Ernennung Hitlers zum Gendarmen in Hildburghausen hat ihm, da es sich um eine Schiebung handelte, das thüringische Staatsbürgerrecht und damit die Eigenschaft als Deutscher nicht gebracht.

Nun soll der entlassene preußische Lehrer Klages, der jetzt in Braunschweig als Naziminister fungiert, helfen. Es werden verschiedene Pläne gewälzt. Von der Übertragung einer Professur sei man abgekommen. Dafür verlautet, daß Klages sich opfern und von seinem Ministerposten

zurücktreten wolle, damit Hitler zum braunschweigischen Minister ernannt werden kann. Ein anderer Plan geht dahin, Hitler als Beamten der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin zu ernennen und ihn damit zum Deutschen zu machen.

Dieser letztere Plan ist nun durchgeführt worden. Die braunschweigische Regierung hat am 25. Februar Adolf Hitler zum Regierungsrat bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin ernannt, die zum 1. April aufgehoben wird. Damit ist das Ziel erreicht, Hitler ist in Deutschland Staatsbürger. Besonderer Qualitäten für sein Amt bedarf er nicht, er ist ausgesprochener Parteibuchbeamter. Es ist nicht unseres Amtes, zu prüfen, ob die Ernennung rechtsgültig ist, aber gleichviel, jedenfalls handelt es sich um eine skrupellose Schiebung. Die Nazis haben eben ihre eigenen Begriffe von Ehre und Anstand, um die wir sie nicht beneiden.

Gegen unsolide Bausparkassen

Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat, nachdem es erst kürzlich sechs Bausparkassen wegen unsachgemäßer Geschäftsführung hat schließen müssen (siehe Nr. 2 der „H.-Z.“), jetzt weiteren vier Gesellschaften die Weiterführung des Geschäftsbetriebes untersagt. Es handelt sich um folgende Bausparkassen: Baubund „Fortuna“, E. G. m. b. H., Frankfurt a. M.; Allgemeine Bau- und Zwecksparkasse G. m. b. H., Dortmund; „Freies Heim“ Bausparkasse AG., Köln; Allgemeine Bausparkasse G. m. b. H., Köln.

Für folgende fünf Gesellschaften ist der Konkurs beantragt worden: Mitteldeutsche Bau- und Hypotheken-Sparkasse E. G. m. b. H., Erfurt; „Ehag“ Eigenheim- und Hypotheken-AG., Hamburg; „Hilfe“ Allgemeine Bauspar- und Entschuldungskasse G. m. b. H., Osnabrück; „Alemania“ Bauspar- und Hypotheken-Entschuldungs-G. m. b. H., Berlin; Allgemeine Bauspar-, Eigenheim- und Wirtschaftsgemeinschaft E. G. m. b. H., Köln.

Außerdem ist bei der Deutschen Eigenheim-Gesellschaft, Bausparkassen E. G. m. b. H. in Frankfurt a. M. ein Zahlungsverbot erlassen worden, da man hier noch auf eine Sanierung der Gesellschaft rechnet. Die „Deutsche Mittelstandshilfe“ Gemeinnützige Kreditgenossenschaft E. G. m. b. H. in Heide (Holstein), ist unter Aufsicht gestellt worden. Diese Entscheidungen sind noch nicht rechtskräftig, da sämtliche Gesellschaften Berufung einlegen dürften.

Die RGO.

lähmt den Gewerkschaftskampf

Aus Darmstadt wird uns geschrieben: Vor Jahresfrist stand die Arbeiterschaft der Bickenbacher Holzwerke in hartem Ringen mit dem Unternehmer, sieben Wochen währte die Aussperrung. Die Firma mußte sich schließlich bequemen, mit unserem Verband in Verhandlungen zu treten. Statt eines Lohnabbaues von 22 Prozent mußte sie sich mit 6 bis 10 Prozent Abzug begnügen. Gewiß war die Senkung der Löhne hart, aber es war ein Erfolg der Organisation, daß der Abzug so weit gemildert werden konnte. Für die RGO. war der Ausgang der Bewegung ein gefundenes Fressen. Der Lohn war herabgesetzt, und der Verband hatte bei der Lohnregelung mitgewirkt. Welch schöne Gelegenheit, auf den Verband und seine Funktionäre zu schimpfen. Immer wieder wurde den Mitgliedern, die noch keine gewerkschaftliche Schulung hinter sich hatten, eingeredet, daß alles Übel der Welt durch die Gewerkschaften verursacht worden sei. Ein RGO-Vertreter, der schon selbst Streikbrecherdienste geleistet hat, unternahm es, unsere Kollegen zu „revolutionären Klassenkämpfern“ zu erziehen. Der Erfolg dieser Agitation war, daß die Kollegen heute nach der letzten Notverordnung keine tarifvertraglich festgesetzten Löhne haben. Die „Klassenkämpfer“ arbeiten für Löhne, die die Firma diktiert. Die Kollegen mögen daraus erkennen, wie nötig es ist, nur Führern zu vertrauen, die es ernst und aufrichtig mit der Arbeiterschaft meinen. Die Holzarbeiter von Bickenbach sind gewillt, alles daranzusetzen, daß wieder geordnete Zustände Platz greifen. Die Parole heißt jetzt: Auf- und Ausbau des Holzarbeiter-Verbandes, Stärkung der Gewerkschaften in allen Fabriken und Werkstätten.

Präsidenschaftskandidaten



Der Republik bleibt Deutschland treu / Verworfen werden diese drei

Kandidieren ist nicht schwer
Gewählt zu werden desto mehr



Aus dem Verbandsleben



Wahl der Delegierten zum Verbandstag

Für die in der Woche vom 13. bis 19. März stattfindenden Wahlen der Delegierten zum 17. ordentlichen Verbandstag in Magdeburg hat der Verbandsvorstand gemäß § 128 des Verbandsstatuts eine Wahlordnung aufgestellt, welche den Ortsverwaltungen bereits durch unser „Mitteilungsblatt“ bekanntgegeben ist. Wir veröffentlichen nachstehend die wichtigsten Bestimmungen der Wahlordnung und richten zugleich das Ersuchen an die Mitglieder, sich vollzählig an der Wahl zu beteiligen.

Wahlordnung.

§ 1. Für die Wahl zum Verbandstag bildet jede Wahlabteilung einen für sich abgeschlossenen Wahlbezirk.

Nach § 128, Ziffer 2 des Verbandsstatuts können Verwaltungsstellen, welche für sich allein einen abgeschlossenen Wahlbezirk bilden, auf ausdrücklichen Beschluß einer Mitgliederversammlung ihre Delegierten nach relativer Mehrheit wählen. Ein dahingehender Beschluß ist dem Verbandsvorstand mitzuteilen, und zwar mit der Berichtskarte über die erfolgte Kandidatenaufstellung.

§ 2 handelt von der Aufstellung der Kandidaten, die inzwischen vollzogen ist.

§ 3. Die Wahl der Delegierten erfolgt durch die Mitglieder in den Verwaltungsstellen durch geheime Abstimmung in einem hierzu bestimmten Wahllokal mittels Stimmzettels und kann nur in Person ausgeübt werden.

§ 4. Die Delegiertenwahl findet in allen Verwaltungsstellen gleichzeitig in der Woche vom 13. bis 19. März statt. Innerhalb dieser Woche hat jede Ortsverwaltung den Wahltag sowie Beginn und Ende der Wahlhandlung selbst zu bestimmen, muß jedoch beides den wahlberechtigten Mitgliedern mindestens eine Woche vorher hinreichend bekanntgeben. Über mehr als einen Tag darf die Wahl in keiner Verwaltungsstelle ausgedehnt werden, ebenso dürfen außerhalb der von der Ortsverwaltung bekanntgegebenen Wahlzeit keine Stimmzettel entgegengenommen werden.

§ 5. Das Wahllokal ist von der Ortsverwaltung jeder Verwaltungsstelle zu bestimmen und den Verwaltungsstellenmitgliedern bekanntzugeben. In großen Verwaltungsstellen können zwei oder mehrere Wahllokale bestimmt werden. Außerhalb des Wahllokals dürfen keine Stimmzettel entgegengenommen werden. Eine Delegiertenwahl in den Betrieben kann nur vorgenommen werden, wenn ein geeigneter Raum vorhanden ist und alle Voraussetzungen dieses Wahlreglements erfüllt werden können.

§ 6. Zur Leitung der Wahl sind fünf Mitglieder der Ortsverwaltung als Wahlvorstand zu bestimmen, von welchen jeweils mindestens drei während der Dauer der Wahlzeit am Wahlort anwesend sein müssen. In großen Verwaltungsstellen mit mehreren Wahllokalen hat die Ortsverwaltung die erforderlichen Wahlvorstände möglichst aus den Mitgliedern der Verwaltung zu ernennen, mindestens ist als Vorsitzender eines jeden Wahlvorstandes ein Mitglied der Verwaltung zu bestimmen.

§ 7. In dem Wahllokal sind die Namen sämtlicher Kandidaten der Abteilung auf einer Tafel oder einem Plakat oder auf andere Weise den Mitgliedern ausreichend bekanntzugeben.

§ 8. Beim Eintritt in das Wahllokal ist jedem Wähler ein weißer, nur mit dem Stempel der Verwaltungsstelle versehener Stimmzettel zu übergeben. Der Wähler hat dann den Zettel mit dem Namen eines für die Wahl aufgestellten Kandidaten handschriftlich zu versehen.

§ 9. Jeder Stimmzettel für die Wahl eines Delegierten darf nur einen Namen enthalten. Stimmzettel, die mehr als einen Namen enthalten, sind in den Wahlabteilungen ungültig, die nur einen Delegierten zu wählen haben. In den Abteilungen, in denen mehr als ein Delegierter zu wählen ist, darf der Stimmzettel nicht mehr Namen enthalten, als Delegierte zu wählen sind. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, sind ungültig.

§ 10. Es ist den Ortsverwaltungen auch gestattet, gedruckte Stimmzettel auszugeben. Dieselben müssen die Namen sämtlicher Kandidaten der Abteilung enthalten und dürfen keinerlei sonstigen Aufdruck tragen. Die Ausgabe erfolgt nur im Wahllokal entsprechend der Vorschrift im § 8. Der Wähler muß die vorgedruckten Namen der Kandidaten, die er nicht wählen will, durchstreichen. Stimmzettel, die mehr nicht durchgestrichene Namen enthalten, als Delegierte in der Abteilung zu wählen sind, sind ungültig.

§ 11. Jedes Mitglied der Verwaltungsstelle, welches am Tage der Wahl nicht mehr als vier Wochenbeiträge restiert, ist wahlberechtigt. Wer fünf oder mehr Beiträge restiert, ohne daß ihm Stundung gewährt wurde, ist weder wahlberechtigt noch wählbar. Durch Befreiung von den Beiträgen infolge Streiks, Krankheit oder Arbeitslosigkeit werden das Wahlrecht und die Wählbarkeit nicht beeinträchtigt.

§ 12. Nicht wahlberechtigt ist nach § 103 des Verbandsstatuts, wer nicht mindestens zehn Wochen dem Verbandsangehörigen und für diese Zeit Beiträge gezahlt hat. Ferner sind nicht wahlberechtigt Lehrlinge sowie Jugendliche unter 18 Jahren, sofern sie dem Verbandsangehörigen nicht schon zwei Jahre angehören.

§ 13. Jeder Wähler hat bei der Stimmabgabe sein Mitgliedsbuch oder seine Mitgliedskarte vorzulegen. Nach Prüfung der Wahlberechtigung durch den Wahlvorstand und Entgegennahme des Stimmzettels ist in das Mitgliedsbuch oder in die Mitgliedskarte des Wählers einzutragen, daß er an der Wahl teilgenommen hat. Der Eintrag geschieht auf der im Mitgliedsausweis vorgesehenen Stelle durch Eindringen des Stempels und Beifügung des Datums der Wahl.

§ 14. Jedes Mitglied kann bei der Wahl seine Stimme nur einmal abgeben. Zur Kontrolle hierfür dient der vorerwähnte Eintrag in das Mitgliedsbuch bzw. in die Mitgliedskarte.

§ 15. Sofort nach Ablauf der Wahlzeit ist das Wahllokal zu schließen, worauf nur noch die im Lokal anwesenden Wähler ihre Stimme abgeben dürfen. Hierauf hat der Wahlvorstand sofort die Stimmzettel zu zählen und das Wahlergebnis festzustellen. Letzteres ist in das vom Verbandsvorstand übersandte Wahlprotokoll einzutragen und, mit den Unterschriften des Wahlvorstandes und dem Verwaltungsstempel versehen, spätestens am Abend des 19. März an den Verbandsvorstand einzusenden.

§ 16. Der Verbandsvorstand stellt die aus den Verwaltungsstellen einlaufenden Wahlergebnisse am 21. März zusammen, später eingehende Wahlprotokolle müssen also unberücksichtigt bleiben. Zur Gültigkeit der Wahl ist absolute Stimmenmehrheit erforderlich. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Die Auslosung erfolgt durch den Verbandsvorstand.

§ 17. Wird in einer Wahlabteilung eine Stichwahl erforderlich, so erhalten die betreffenden Verwaltungsstellen vom Verbandsvorstand entsprechende Nachricht. Die Stichwahl erfolgt zwischen denjenigen beiden Kandidaten, welche die größte Stimmenzahl auf sich vereinigen. Sind mehrere Delegierte in der Stichwahl zu wählen, so ist die doppelte Zahl derjenigen Kandidaten einander gegenüberzustellen, welche die höchste Stimmenzahl erhalten haben. Die Ortsverwaltungen haben das Stattfinden einer Stichwahl und das Wahllokal für dieselbe den Mitgliedern der Verwaltungsstelle bekanntzumachen.

§ 18. Die Stichwahl hat in allen daran beteiligten Verwaltungsstellen in der Woche vom 17. bis 23. April stattzufinden. Für die Wahlhandlung bei der Stichwahl gelten alle Vorschriften, die in dieser Wahlordnung für die Hauptwahl aufgestellt sind. Insbesondere ist den Wählern die Teilnahme an der Stichwahl gleichfalls in das Mitgliedsbuch oder in die Mitgliedskarte einzutragen.

§ 19. Die Resultate der Stichwahlen werden vom Verbandsvorstand am 25. April zusammengestellt, es müssen somit später eintreffende Wahlprotokolle auch hier unberücksichtigt bleiben.

§ 20. Die gewählten Delegierten erhalten das Mandat vom Verbandsvorstand aus-

gestellt. Im Falle der Verhinderung eines gewählten Delegierten tritt der mit der höchsten Stimmenzahl in der Minderheit gebliebene Kandidat als Ersatzmann an seine Stelle.

Der Verbandsvorstand.

Neue Verhandlungen

Die Entscheidung über die dem Reichsarbeitsministerium vorliegenden Anträge auf Verbindlicherklärung der Schiedssprüche für mehrere Bezirke, worüber wir in der vorigen Nummer berichtet haben, ist noch nicht gefallen. Das Reichsarbeitsministerium hat vielmehr auf den 1. März neue Verhandlungen anberaumt.

In diesen Verhandlungen, zu welchen das Reichsarbeitsministerium alle Arbeitgeberorganisationen geladen hat, die für die Bezirke Lippe-Detmold, Ostliches Westfalen und Freistaat Sachsen in Betracht kommen, hofft der Minister „ein für alle Beteiligten tragbares Ergebnis zu erzielen, das auch für die bevorstehende Neuregelung der Arbeitsbedingungen in den übrigen Bezirken des deutschen Holzgewerbes richtunggebend sein kann“.

Hierzu sei erläuternd bemerkt, daß für Lippe-Detmold, Sachsen und Baden Schiedssprüche vorliegen, während für das Ostliche Westfalen Verhandlungen vor dem Schlichter schweben, die vorläufig ausgesetzt sind und die das Reichsarbeitsministerium bei dieser Gelegenheit zu Ende zu führen hofft. Den Verhandlungen am 1. März ist insofern eine größere Bedeutung beizumessen, als die Absicht des Reichsarbeitsministeriums dahin geht, einen „Mustervertrag“ für das deutsche Holzgewerbe zu schaffen.

Unser Verband wird sich den Verhandlungen nicht entziehen. Ob es aber gelingen wird, einen solchen Mustervertrag zu schaffen, und ob dieser, wenn er zustande kommt, auch in den übrigen Bezirken eingeführt wird, das sind Fragen, die sich heute noch nicht beantworten lassen.

Die Generalversammlung

Ein Stimmungsbild

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Die Generalversammlung war für Mitte Februar angesetzt, die Wahlen der Sektionsführer und der Bezirksführer waren einen Monat vorher vorgenommen worden. Zu dieser Zeit setzte ein eigenartiges Rüten unter den Mitgliedern ein, besonders am Arbeitsnachweis unter den Erwerbslosen. Leider war der größte Teil der Mitglieder erwerbslos. Flugblätter mit den ungeheuerlichsten Verleumdungen wurden verbreitet, und die Agitatoren nannten sich: „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition.“ Sie glaubten, durch einen Appell an Neid und Mißgunst das „System“, wie sie es nannten, über den Haufen rennen zu können. Durch einen Parteibefehl, der jedem Parteimitglied schriftlich zugestellt wurde, gelang es diesen Oppositionellen, ihre Gefolgschaft bei den Funktionärwahlen zu konzentrieren, und jubelnd verkündeten sie ihren Sieg. Sie hatten drei Bezirke erobert. Dieser Sieg blieb nicht ohne Auswirkung. Er rief die Gewerkschafter auf den Plan, und dann kam die Generalversammlung.

Der größte Saal des Gewerkschaftshauses samt der Galerie war dicht besetzt, ja, im Krankenstuhl war ein Kollege gekommen. Der erste Punkt der Tagesordnung ist die Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag. Drei Listen marschieren auf, die Liste derjenigen Kandidaten, die sich zu positiver Gewerkschaftsarbeit bekennen, die Liste der Brandler-Anhänger, die nicht wissen, wo und was sie sind, und die Liste der linientreuen Kommunisten, die nur eine Lösung kennen: „Nieder mit den Gewerkschaften.“ Während die Kommission auszählt, nimmt die Versammlung den Jahresbericht entgegen. Bevor noch ein Wort gefallen ist, hat die vereinigte Opposition schon fast ein Dutzend Wortmeldungen heraufgereicht. Und dann folgt der Bericht.

Ernst, ruhig, sachlich wird dargestellt, was das Jahr 1931 gebracht hat: Der Angriff des Unternehmertums, gepaart mit der gewaltigsten Wirtschaftskrise, ist mit einer Wucht auf die Arbeiterschaft herabgesaut. Aber gewehrt haben wir uns. Fast 700 Mitglieder standen am Ort im Kampf und fast 100 000 Mk. sind für diesen Kampf ausgegeben worden. Insgesamt gab der Verband fast 2 Millionen Mark aus. Als der Berichterstatter zum Schluß feststellte: Der Verband ist die einzige Macht, die dem Unternehmertum überhaupt noch an einer Stelle ein Halt gebieten kann, darum haltet Treue der Organisation — Holzarbeiter, steht euren Mann! da ging ein Sturm des Beifalls durch den Saal.

Dann wurde das Resultat der Kandidatenbenennung bekanntgegeben. Mit 1087 Stimmen war die Liste der positiven Gewerkschafter gewählt worden; die vereinigte Opposition brachte zusammen 261 Stimmen auf, und wieder klang ein Bravo durch den Saal.

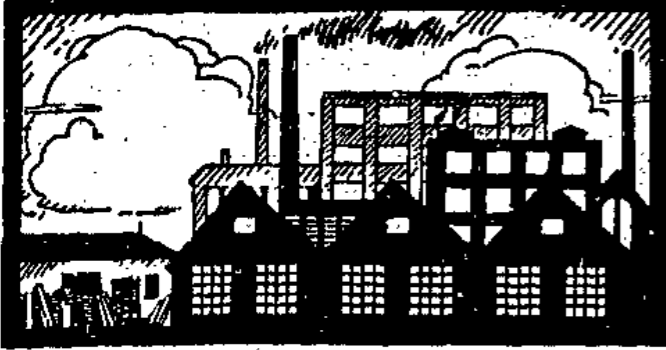
Nun konnte die Kritik einsetzen, und die Kritiker marschieren auf. Sachlich der Gewerkschafter, demagogisch, unehrlich und ohne jede Logik der Parteilichkeit von der Schattierung Brandler und KPD.-Lungenkraft, Resolutionen und alle möglichen und unmöglichen Anträge waren der Opposition Ersatz für die Sachlichkeit. Immer deutlicher lehnte die Versammlung die politischen Tiraden und Phrasen der Opposition ab, und stiller und stiller wurde es in deren Reihen. Nach dem Schlußwort, das wieder gewaltigen Beifall auslöste, kamen die Abstimmungen. In einem der Anträge wurde gefordert, daß die Holzarbeiter sich außerhalb der „Eisernen Front“ stellen. Von 1400 Anwesenden erhoben kaum hundert die Hand für den Antrag. Auf sprangen die übrigen. Eine Welle der Empörung über die Gegner der „Eisernen Front“ ging durch den Saal, und bevor noch die Gegenprobe einsetzte, waren die erhobenen Hände fast verschwunden. Und dann kam die Gegenprobe. Mehr als 1300 Fäuste waren hochgereckt. Mit dem tosenden Beifall stieg unausgesprochen ein Schwur auf — Kampf den Zerstörern der gewerkschaftlichen Einheit — Kampf den Feinden der Arbeiterklasse rechts und links! Das war eine Willensäußerung, vor der jeder Gegner kapitulieren mußte, so überwältigend war sie.

Nun die Wahl der Ortsverwaltung. Wieder drei Richtungen: Amsterdam — Moskau — und Wer weiß wo. Wieder ein Bekenntnis zur Gewerkschaft, gewaltiger als vorher. Die beiden Oppositionslisten brachten es auf insgesamt 130 Stimmen. Sie hatten in derselben Versammlung die Hälfte ihrer Stimmen eingebüßt und damit in geheimer Abstimmung eine Antwort erhalten, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließ. Die Liste der Amsterdamer Internationale erhielt 1189 Stimmen und damit ein Vertrauensvotum, wie es klarer nicht sein kann. Aber dieses Votum war zu gleicher Zeit auch ein Bekenntnis unentwegter gewerkschaftlicher Treue. Aus dieser Treue, aus diesem Bekenntniswille wird immer und immer wieder die Arbeiterbewegung neue Kraft zum Aufbau schöpfen. An diesem Willen wird immer wieder der Gegner von rechts und links zerschellen. Aus diesem Willen wird die klassenbewußte Arbeiterschaft emporwachsen, immer gewaltiger, bis das Ziel erreicht ist, der Sozialismus.

Rheinpfalz

Die am 12. Februar in Speyer unter dem Vorsitz des Landesschlichters Dr. Pöverlein geführten Verhandlungen zur Schaffung eines Tarifvertrages für die Rheinpfalz blieben erfolglos. Die Unternehmer lehnten eine vertragliche Bindung grundsätzlich ab, und schließlich vertagte der Schlichter die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit.

Mit Zufahren dieser Nummer ist der 10. Wofanbauweg fällig



Holzindustrie



Zur Lage der Forstwirtschaft

Die forstwirtschaftlichen Interessentenverbände entfalten in letzter Zeit gesteigerte Aktivität. Sie wünschen einen Beimischungszwang für Papierholz, Vervielfachung der Holzölle auf sämtliche Positionen, zum Teil sogar Einfuhrkontingentierung oder gar Einfuhrsperre, Herabsetzung der Holzfrachten und ähnliches mehr. Ihre Wünsche sind nicht völlig unerfüllt geblieben, wie die Erhöhung des Zolles auf Hartholz beweist. Da die deutsche Holzindustrie große Exportinteressen hat und deshalb an billigen Rohstoffpreisen interessiert ist, verdient dieser erste Schritt zur Einführung agrarischen Protektionismus in der Holzindustrie ernste Beachtung, wenn die Exportfähigkeit nicht nach bewährtem Muster auf Kosten des Arbeitslohnes gehen soll.

Es scheint, als ob die Wünsche der Forstinteressenten zur Zeit von einer Seite her Nahrung erhalten, die sich trotz ihres offenkundigen Interesses an hohen Holzpreisen früher nicht geneigt gezeigt hatte, die Zolkampagne mitzumachen. Wir meinen die waldbesitzenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften. In den Kreisen dieser Waldbesitzer scheint sich ein Umfall anzubahnen, der von dem Rückgang der Holzpreise ausgeht. Diese Entwicklung ist überaus bedenklich, denn sie besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß die zollpolitische Debatte von finanzpolitischen Gesichtspunkten bedroht ist, und daß die Finanzpolitik gegenwärtig Trumpf ist, kann man kaum im Zweifel sein, welches Schicksal den Holzpreisen droht.

Unter diesen Umständen ist es besonders wichtig, Unterlagen für die Beurteilung der forstlichen Betriebsverhältnisse zu erhalten. Ganz neues Material, das sogar schon das Forstwirtschaftsjahr 1931 einbezieht und damit zweifellos das neueste ist, das es überhaupt gibt, wird jetzt vom Landesverband thüringischer Waldbesitzer vorgelegt. Es bezieht sich auf 47 thüringische Städte und reicht bis zum Forstwirtschaftsjahr 1927 zurück. In dieser Zeit ergab die Betriebsrechnung folgende Zahlen in Mark:

	1927	1928	1929	1930	1931
Einnahmen	994 784	964 734	1 039 412	835 257	501 097
Ausgaben	526 870	554 202	556 110	533 232	413 200
Einnahmenüberschuß	467 914	410 532	483 302	302 025	87 897

Die Aufstellung ist in mehr als einer Beziehung interessant. Zunächst bestätigt sie die alte Erfahrung, daß die Schwankungen in den Einnahmen viel größer sind als in den Ausgaben; so war das Einnahmenmaximum mehr als doppelt so groß wie das Einnahmenminimum, während das Maximum bei den Ausgaben nur um ein reichliches Drittel über dem Minimum lag. Das große Beharrungsvermögen der Ausgaben in Verbindung mit der großen Konjunkturempfindlichkeit der Einnahmen könnte einen guten Beweis für die — fiskalische! — Notwendigkeit erhöhten Zollschatzes abgeben, wenn die Aufstellung nicht weiterhin zeigen würde, daß auf der Ausgabenseite noch beträchtliche Ersparnismöglichkeiten ruhen müssen. Denn es fällt auf, daß fast die gesamte Ausgabenenkung, die zwischen 1929 und 1931 eintrat, im letzten Jahr eingetreten ist, und daraus ist zu schließen, daß es offensichtlich erst eines starken Druckes bedurfte, ehe man sich zur Ausgabenbeschränkung bereit fand. Man darf wohl annehmen, daß weitere Beschränkungen in der Auswirkung dieses Druckes noch eintreten werden. Weiter ist zu berücksichtigen, daß das Forstwirtschaftsjahr schon im Herbst endet, die letzten Besoldungskürzungen auf das Rechnungsergebnis also noch ohne Einfluß geblieben sind. Wie man sieht, stehen im laufenden Jahr also noch zwei bedeutende Ersparnisquellen zur Verfügung.

Sodann verdient Beachtung, daß das Katastrophenjahr 1931 überhaupt noch mit einem Überschub abgeschlossen hat. Und zwar mit einem Überschub, dem man ansieht, daß er nicht — nach Art gewerb-

licher Rechnungslegung — konstruiert ist, denn er erreicht trotz seiner starken Schrumpfung immer noch 13 Prozent der Einnahmen. Selbst wenn man über die Entwicklung der Holzpreise in diesem Jahr noch so pessimistisch denkt, stellt der im vergangenen Jahr erzielte Überschub von 87 897 Mk. eine Reserve dar, die in Verbindung mit den weiteren 60 000 bis 80 000 Mark, die auf der Ausgabenseite eingespart werden können, groß genug ist, um einen Betriebsverlust zu vermeiden.

Im übrigen darf nicht übersehen werden, daß die mitgeteilten Zahlen nur Salden sind, also sowohl Gewinn- als auch Verlustrechnungen enthalten. Könnte man die Verlustabschlüsse ausgliedern, so würde sich das Bild nicht unerheblich günstiger gestalten.

Die Zahl der Verlustabschlüsse selbst hat ununterbrochen zugenommen. Im Jahre 1927 waren es drei, in den beiden folgenden Jahren je vier, sodann neun und im letzten Jahre gar zwölf Betriebe, die mit ihren Einnahmen die Ausgaben nicht decken konnten. Es wäre verfehlt, hieraus auf zunehmende Gewinnlosigkeit zu schließen, denn gerade die kommunalen Forstbetriebe sind einer Unmenge von Einflüssen ausgesetzt, die die Rentabilität stets bedrängen — wie sollte es sonst beispielsweise möglich gewesen sein, daß einzelne Betriebe nicht einmal in der Hochkonjunktur mit Gewinn abschlossen —, und diese Einflüsse müssen in Krise und Depression mit Notwendigkeit noch gewinnen. Außerdem aber gibt es in der Forstwirtschaft, genau wie in der Industrie, gut und schlecht geleitete Betriebe.

Man könnte noch fragen, ob die Lage des kommunalen Waldbesitzes in Thüringen Rückschlüsse auf den kommunalen Waldbesitz im ganzen Reich oder gar auf den gesamten Waldbesitz erlaubt. Diese Frage kann nicht ohne weiteres beantwortet werden, da die Antwort nicht allein von den Einzelheiten des Forstbetriebes, sondern auch von der Struktur der Absatzverhältnisse abhängt. Über diese aber wissen wir allzu wenig. Im Rahmen unserer Untersuchung genügt es jedenfalls, festgestellt zu sehen, daß es auch heute noch Waldbesitz gibt, der mit Überschub arbeitet. —

Was ist ein Handwerksbetrieb?

Das Reichswirtschaftsgericht hatte sich unlängst mit der Frage zu beschäftigen, ob die Möbelfabrik A. M. in R. ein Handwerks- oder ein Fabrikbetrieb ist. Während die Firma selbst sich für einen Fabrikbetrieb hält und dabei von der Handelskammer für den Kreis Konstanz und vom Bezirksamt Konstanz unterstützt wird, ist die Handwerkskammer Konstanz anderer Ansicht: sie hält die Firma für einen Handwerksbetrieb, der zur Eintragung in die Handwerksrolle verpflichtet ist. Auch der badische Minister des Innern ist dieser Meinung. Gegen dessen Entscheidung hatte die Firma beim Reichswirtschaftsgericht Beschwerde eingelegt, aber ohne Erfolg.

Die Firma wehrte sich gegen die Abstempelung zum Handwerksbetrieb u. a. mit folgenden Feststellungen: Der Inhaber der Firma ist im Betrieb nicht mehr tätig. Das Unternehmen wird von seinem Sohn geleitet, der zwar gelernter Tischler ist, aber nur die technische und kaufmännische Oberaufsicht führt. Hergestellt werden nur Schlafzimmer, und zwar in Serien von 30 Stück. Das ist nur möglich durch Verwendung zahlreicher Kraft- und Arbeitsmaschinen, insbesondere aber durch Verwendung einer Ziehklängenmaschine, die 12 000 Mk. gekostet hat und dauernd zwölf Arbeiter erspart. Solche Spezialmaschinen gibt es in Spezialfabriken, aber nicht in Handwerksbetrieben. Regelmäßig und zu gleicher Zeit befinden sich vier Serien von je 30 Schlafzimmern in Arbeit. Ein Handwerksbetrieb hat niemals zu gleicher Zeit 120 Schlafzimmer im Werte von 500 Mk. in Bearbeitung. In den letzten Jahren wurden durchschnittlich 18 bis 33 Arbeitskräfte beschäftigt. Daß davon

ein großer Teil handwerksmäßig ausgebildet ist, kommt vornehmlich daher, daß eine Reihe gelernter, seit 20 und mehr Jahren im Unternehmen tätiger Arbeiter nicht entlassen worden sind, „zumal der Tariflohn für gelernte und ungelernete Arbeiter nur eine Differenz von 15 Prozent aufweist und durch die Anlernung nicht handwerksmäßig vorgebildeter Arbeitskräfte Mehrkosten verursacht werden“. Alle diese Tatsachen sprechen für den Fabrikcharakter der Firma.

Das Reichswirtschaftsgericht ließ sich durch diese Ausführungen nicht überzeugen. Die Entwicklung der Firma zeige wohl Ansätze zur Fabrik, jetzt sei sie aber höchstens ein Großhandwerksbetrieb. Wenn sie nicht lediglich auf Bestellung arbeite, sondern in der Hauptsache auf Vorrat herstellen lasse, so sei das kein ausschlaggebender Beweis für den Fabrikcharakter. „Denn die neuzeitliche Wirtschaftsentwicklung hat auch das Handwerk zu neuen Betriebsformen gezwungen, so daß es für die hier zu entscheidende Frage in erster Linie darauf ankommt, ob die im Betrieb der Firma übliche Herstellungsweise überwiegend handwerklichen Charakter aufweist.“ Das sei zu bejahen, da „die Zusammensetzung der von der Firma erzeugten Möbel als wichtigste Tätigkeit in ihrem Betriebe ausschließlich durch gelernte Facharbeiter erfolgt, die daher die wesentliche Stütze des Gesamtunternehmens bilden“. Der Umstand, „daß die fachlich vorgebildeten Arbeitskräfte bei der Firma als Spezialisten beschäftigt sind, spricht gerade für die Annahme, daß ihr Unternehmen, in dem auch seit lehrer Lehrlingsausbildung stattfindet, nach seiner inneren Struktur den handwerklichen Charakter noch nicht verloren hat“. Dagegen sei die Frage, ob der Inhaber am technischen Arbeitsvorgang mitbeteiligt sei oder nicht, ohne Bedeutung.

Soviel aus dem Für und Wider der Beteiligten. Ihre Ausführungen geben wir deshalb so ausführlich wieder, weil sie auch für die Holzarbeiter einiges Interesse haben.

Der Streit über die Frage, was ein Handwerksbetrieb und was ein Fabrikbetrieb ist, ist für die Innungen und Handwerkskammern in erster Linie eine Geldfrage. Unbestritten gibt es viel mehr Handwerks- als Fabrikbetriebe, mithin unterstehen den Handwerkskammern mehr Betriebe als den Handelskammern. Aber da die meisten Handwerksbetriebe keine oder nur einige wenige Arbeiter beschäftigen, bringen sie den Innungen und Handwerkskammern nicht viel ein, denn die Höhe des Beitrags des einzelnen Betriebes richtet sich nach der Zahl der Beschäftigten. Daher das Bestreben der Innungen und Handwerkskammern, auch größere und große Betriebe in ihr Machtbereich zu bekommen. Das ist möglich, wenn nachgewiesen werden kann, daß der betreffende Betrieb ein Handwerksbetrieb und kein Fabrikbetrieb ist. Eine Zeitlang spielte dabei die Betriebsgröße eine Rolle; im allgemeinen galten Betriebe mit bis zehn Beschäftigten als Handwerksbetriebe, größere Firmen als Fabrikbetriebe. Später war auch die Tätigkeit des Betriebsinhabers im Betrieb von Bedeutung; arbeitete er praktisch mit, war es ein Handwerksbetrieb, im anderen Falle ein Fabrikbetrieb. Auch ob mit oder ohne Maschinen, ob auf Bestellung oder auf Lager gearbeitet wurde, war von Bedeutung. Aber trotz all dieser Tüfteleien blieben die Grenzen zwischen Handwerks- und Fabrikbetrieb sehr flüchtig.

Sehr zum Leidwesen der Innungen und Handwerkskammern. Nun kommt ihnen das Reichswirtschaftsgericht zu Hilfe. Nach dessen neuester Entscheidung gibt es kaum noch einen Betrieb, der nicht Handwerksbetrieb ist. Denn in fast allen Betrieben ist der „gelernte Facharbeiter die wesentliche Stütze des Gesamtunternehmens“. Das trifft

wenigstens auf die Möbelindustrie wie auch für die meisten anderen Gruppen der Holzindustrie zu. Wird diese Entscheidung allgemeiner Rechtsgrundsatz, dann können die Innungen selbst die größten Möbelfabriken für sich reklamieren, denn auch in diesen „erfolgt die Zusammensetzung der Möbel durch gelernte Facharbeiter“.

Die Fabrikbetriebe können sich vor der Degradierung zum Handwerksbetrieb nur dadurch retten, daß sie ihre gelernten Facharbeiter entlassen und dafür Angelernte einstellen. Das ist freilich kein gutes Geschäft, wie die Firma M. in R. in ihren oben wiedergegebenen Ausführungen feststellt, aber mancher Unternehmer wird es vielleicht doch tun, um von der Innungsbewegung loszukommen. So kann die Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichts letzten Endes eine schwere Schädigung der gelernten Facharbeiter bedeuten. Ist das der Wille der Innungen und des Reichswirtschaftsgerichts?

Rationalisierungserfolge in der Forstwirtschaft

In einer Versammlung des Bayerischen Waldbesitzer-Verbandes am 20. Januar sprach der Revierverwalter Bergknecht von der Anhaltinischen Forstverwaltung über „Die praktische Auswirkung der Arbeitszeitstudie im Walde“. Die Untersuchungen haben ergeben, führte Bergknecht unter anderem aus, daß beispielsweise der Energieverbrauch beim Bücken 43 Prozent größer ist als beim Stehen. Daraus folgt die große Bedeutung der Körperhaltung für den Energieverbrauch. Bückende Stellung beim Sägen erfordert 50 Prozent mehr Energieverbrauch gegenüber dem Knien. Bei Verwendung geeigneter Werkzeuge erhöhte sich die Leistung im Hauungsbetrieb um etwa 30 Prozent. Beim Setzen von Zäunen wurde festgestellt, daß auf den laufenden Meter 30 Minuten Arbeitszeit verwendet wurden. Nach Verbesserung der einzelnen Arbeitsgänge ließ sich der Zeitaufwand auf 17 Minuten herabdrücken, was einer Einsparung von 43 Prozent gleichkommt. Aus den statistischen Feststellungen des anhaltinischen Reviers Roßlau, eines ganz durchrationalisierten Betriebes, ergibt sich, daß 1925 je Stunde 0,4 Festmeter geschlagen wurden, 1931 aber 0,77 Festmeter. Der Verdienst für die Arbeiter stieg von 0,77 Mk. je Stunde auf 1,03 Mk. Dabei verbilligten sich die Werbungskosten je Festmeter von 1,91 Mk. auf 1,34 Mk. Die Leistungssteigerung war demnach 93 Prozent; die Senkung der Werbungskosten 30 Prozent. Das Nutzholzprozent im Revier stieg um 15 Prozent.

Die Bedeutung solcher Erfolge für die Forstwirtschaft und darüber hinaus für die ganze Holzwirtschaft liegt auf der Hand. Herr Bergknecht meinte, wenn in allen deutschen Forstverwaltungen so gearbeitet würde wie im Roßlauer Revier, dann könnten viele Millionen Mark an Betriebskosten gespart werden „und die Arbeiter würden trotzdem weit mehr verdienen“.

Berliner Möbel- und Einrichtungsschau

Vom 19. März bis 3. April findet die 2. Berliner Möbel- und Einrichtungsschau (Mö), verbunden mit einer großen Sonderchau „Die billige Wohnung“, statt. In den sechs großen Ausstellungshallen rund um den Berliner Funkturm werden die Besucher der „Mö“ alles sehen, was zur und in die Wohnung gehört. Wir wollen hoffen, daß die Möbelfirmen diesmal auch Möbel zeigen, die für die breiten Massen in Betracht kommen. Im Vorjahr war das nicht der Fall. Wohl sah man Möbeleinrichtungen zu erschwinglichen Preisen, aber die Qualität dieser Möbel war unter aller Kanone. Diesmal sollen vollständige Einrichtungen für 1-, 1½- und 2-Zimmer-Wohnungen in den Preislagen von 475 bis 1150 Mark gezeigt werden, und zwar handelt es sich dabei um preisgekrönte Einrichtungen.



Heim und Familie



Zweckmäßigkeit in der Haushaltsführung

Von Edith Kambach

Früher war eine Hausfrau tüchtig, wenn sie dauernd mit Wischtuch, Lappen, Scheuerbesen und einer Flut von Wasser in den Räumen herumhantierte, um dann am späten Abend völlig erschöpft ins Bett zu sinken, ein abgehetzter, freudloser Mensch, der sich höchstens für den lieben Sonntag auf ein Nachmittagsschlafchen freute.

Am schlimmsten war der Sonnabend, denn da mußte besonders „geschrubbt“ werden. Es blieb sozusagen kein Stein auf dem andern, auch gab es vorzukochen für den Sonntag, zu nähen, zu flicken, und der Hausvater entfloß diesem erregten Treiben an einen Ort, wo es das nicht gab, was für „die tüchtige Hausfrau“ wieder ein neuer Grund von Kummer und Sorge war.

Ganz so schlimm ist es heute nicht mehr, und die Hausfrauen aller Schichten zeigen das Bestreben, eine gewisse Zweckmäßigkeit in ihre häuslichen Verrichtungen hineinzubringen. Auch haben die letzten Jahre allerlei nützliche Erfindungen an hauswirtschaftlichen Geräten gebracht, aber sie können leider ihrer hohen Anschaffungskosten wegen zum Teil nur von wenigen benutzt werden. Der Zug der Zeit und insbesondere der der Hausfrau geht aber heute dahin, sich möglichst lange jung und schön zu erhalten. Doch wird das einfachste „Mittelchen“ hierzu — vielleicht wegen seiner einfachen Anwendbarkeit und Billigkeit — nur zu leicht übersehen, obgleich es die Frau beinahe erschlägt in seiner Sinnfälligkeit, ich meine: die Vereinfachung der täglichen Arbeit der Frau. Frauen sind doch sonst in tausend kleinen Dingen findig und handeln dank ihrer Evantur zu ihrem Vorteil, aber im Punkt Vereinfachung der Hausarbeit zur Erhöhung der Lebensfreude und längeren Erhaltung ihrer körperlichen Frische sind die meisten Frauen immer noch schwerfällig und kommen zu keiner Erkenntnis.

Für wenige Pfennige oder Mark, die fast in jedem Haushalt erübrigt werden können, lassen sich zweckmäßige, zeit- und arbeitssparende Gegenstände für den Haushalt erstehen — ich nenne nur den Mob (jetzt billiger als ein Roßhaarbesen), den Handmob, imprägnierte Tücher zum Staubwischen, Metallputzer, Stiefelreiniger, Säuberungsflüssigkeiten und Polituren, Wäschesprenger, Kartoffelschäler, Tomaten-, Zwiebel-, Eierschneider. Und wenn es daneben noch eine Menge Kleinigkeiten im Haushalt gibt, die sich auf diese Art nicht vereinfachen lassen, so kommt es eben auf das „Findigsein“ und Ausprobieren an, um mit geringstem Zeitaufwand den Haushalt gut instand zu halten und daneben noch Muße zu finden, ein Buch zu lesen oder sonst etwas nach eigenem Wunsche zu tun.

Zunächst befreie man sich von allem Ballast in der Wohnung, da schafft sich's gleich noch mal so gut. Das predigt Bruno Taut in Wort und Schrift schon lange, leider nur zu oft vor zugeknöpften Ohren oder solchen Frauen, die sich halt nicht von dem Bild des lieben Großpapas über dem Familiensofa oder irgendeinem unnützen Nippstück, das sie mal vor soundso vielen Jahren von irgendeiner alten Tante zur Hochzeit oder zum Geburtstag bekommen haben trennen können.

Hat nun zur weiteren Umgestaltung des Haushaltes Zweckmäßige Raumeinteilung, praktische Anordnung aller Gebrauchsgegenstände usw. sind der erste Schritt zur Vereinfachung der Haushaltarbeit, dazu natürlich eine richtige Zeiteinteilung für die Arbeiten des Hauses, die selbstverständlich selbstverständlich sein muß. Ein kurzes Verzeichnis über nur für das Nächstliegende, wird immer zweckmäßig sein. Ordnen sich Arbeiten auf, die nicht verzerrt werden dürfen, aber im Augenblick nicht gemacht werden können, dann sind sie in gewisser Übersicht oder für einen bestimmten Tag, der weniger Arbeit bringt,

vorzumerken. Auf diese Weise befreit man sich zunächst von dem quälenden Gefühl, daß diese oder jene Arbeit noch gemacht werden muß, verwendet seine Kraft auf die vorliegende Tätigkeit und erledigt dann die andere zu gegebener Zeit.

Das Zusammenlegen von Gängen innerhalb des Hauses und bei Besorgungen ist unbedingt zeit- und kraftsparend. Es gibt nämlich tatsächlich Hausfrauen, die im Hause um jeden Löffel extra Wege machen und beispielsweise jedes Pfund Zucker besonders einkaufen, statt den Wochenbedarf auf einmal zu besorgen. Daß das Verlegen von Besorgungen auf eine Zeit, wo die Läden nicht so voll sind und man infolgedessen besser bedient wird, sich wieder als Vorteil auswirkt, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Manche Frauen sagen: „Ich kann keine gepflegten Hände haben, ich koche auf Herdfeuer, meine Töpfe sind schmutzig, ich heize selbst — davon werden die Hände eben ungeschönt.“ Gepflegte Hände wie eine Müßiggängerin oder Primadonna — nein —, wohl aber geschönte Hände können sie haben. Kennen sie denn den Haushalthandschuh nicht, aus Gummi und nicht sehr teuer, den man bei schmutzigen Arbeiten überstreift? Ein alter, abgelegter Lederhandschuh tut's schließlich auch. Sie wissen so was auch fast alle, wenn man davon spricht, aber auf die praktische Anwendung kommt es an. Und andere Arbeiten, die bisher die Hände angegriffen haben, lassen sich ja auch nach neueren Arbeitsweisen ausführen. Weiße Türen oder Fensterrahmen müssen nicht mehr geseift werden, um sauber zu sein. Man nimmt einfach das sparsame „Glanzrein“, das man auch zum täglichen Staubwischen benutzen kann, und reibt damit leicht über die schmutzigen Stellen. Sie werden sofort sauber und behalten ihren Glanz. Das Mittel selbst greift die Hände nicht an.

Weiter mache man sich die vielfachen Verwendungsmöglichkeiten von Salmiakgeist, der Zitrone und des Salzes, insbesondere zu allen möglichen Reinigungszwecken im Haushalt, zunutze, und man wird erstaunt sein, was sich auch hier an Zeit und Geld sparen läßt. Beispielsweise werden Teppiche, Kissen, Sofabezüge usw. durch loses Überreiben mit in Salmiakwasser getauchtem, fest ausgewringtem Lappen (ein „Schuß“ Salmiakgeist auf einen kleinen Eimer Wasser) bei guter Staubbefreiung wunderbar schön in der Farbe. Auch löst sich der Schmutz aus den verwendeten Lappen oder Tüchern in Salmiakwasser sehr leicht.

Wenn in einem zweckmäßig eingerichteten Haushalt das Aufräumen nach dem Grundsatz der Arbeits- und Zeitersparnis durch Anwendung entsprechender praktischer Neuerungen, hausfraulicher Kniffe, Rationalisierung, um mit technischem Ausdruck zu reden, geschieht, dann macht sich auch im allgemeinen das sogenannte große Reineinmachen, das die Kräfte der Hausfrau erschöpft und eine gewisse Unruhe im Hause hervorruft, in vielen Fällen überflüssig oder vereinfacht sich wenigstens wesentlich.

Ach, und die Wäsche! Also — ich wasche gern. Jede Hausfrau hat ihre Methode, und ich habe nicht die Absicht, meine besonders anzupreisen oder über Einzelheiten zu reden, aber auf drei Dinge möchte ich doch hinweisen: das richtige Einweichen in lauem, weichem Wasser, gegebenenfalls unter Zusatz von etwas Salmiakgeist, was insbesondere in Leibwäsche den Schmutz gut löst, sorgfältiges Spülen zur Erzielung klarer Wäsche und richtiges Aufhängen, das heißt gutes Ausschlagen der Wäschestücke und ihr leichtes Zusammenschieben auf der Leine, was wieder das Wäschelegen bedeutend vereinfacht, weil sich auf diese Weise die Wäsche nicht verzerrt.

Ich bin mir bewußt, daß sich zum behandelten Thema noch viel sagen läßt. Aus der Fülle des Stoffes können aber nur immer einzelne Anregungen herausgegriffen werden. Es ist auch interessanter, wenn

zwischen dem Ausgesprochenen noch Raum bleibt zu eigenem Nachdenken. Auch die Frau kann in mehrfacherem Sinne schöpferisch innerhalb ihres kleinen Reiches sein, und es gibt sicher viele praktische Hausfrauen, die durch Erfahrungen und Nachdenken zu Neuerungen und Erfindungen kommen, die zwar nicht patentiert werden, aber trotzdem vorhanden sind und dem Hause zugute kommen, in dem sie das Zepher führen.

Zusammenfassend will ich den Hausfrauen nochmals sagen: Die Wohnung von allem Ballast befreien, sich zeit- und kraftsparende Neuerungen nach Möglichkeit zunutze machen, auch wenn dies im Augenblick mit Kosten verknüpft ist, die sich in kurzer Zeit herausholen lassen, und aus der Praxis heraus erfinderisch oder findig sein. Das eine heißt: selbst finden, das andere: bereits Erfundenes oder Bestehendes erkennen und auswerten.

Es sind immer wieder die Kleinigkeiten des Lebens im allgemeinen und des Alltags im besonderen, die unsere Kraft zerbröckeln, die uns zerhetzen und müde machen. Mit allen großen Unannehmlichkeiten werden wir fertig, weil sie uns irgendwie zum Handeln zwingen, aber die kleinen Dinge und Pflichten fressen uns auf, nutzen uns ab und machen uns unwirsch. Ihr Frauen also, die ihr lange jung und schön bleiben wollt, und die ihr nicht nur in der Erledigung der Haushaltarbeit euren Lebenszweck seht, laßt euch sagen: Zieht euren Haushalt anders auf und er kann und wird euch dann eine Quelle der Freude sein, und auch manche Ehe wird wieder zufriedener werden.

Nichtrostender Stahl im Haushalt

Viele Hausfrauen sind heute leider nicht in der Lage, sich immer gleich die neuen Errungenschaften der Technik zunutze zu machen. Bei den aus nichtrostendem Stahl hergestellten Gebrauchsgeräten handelt es sich aber um arbeitsparende Fortschritte, die sich in jeder Haushalt, wenn auch nur in kleinem Umfang, nutzbar machen sollte. Auch die Hausfrau muß heute rationell arbeiten, das heißt ihre oft nicht einfache Hausarbeit möglichst schnell und einfach erledigen und Kräfte sparen, um sie anderweitig wieder nutzbar machen zu können.

Nirosta, nichtrostender Stahl, und Cromargan, ein säurefestes und rostfreies Metall, sind Werkstoffe, die neben der chemischen Beständigkeit der Edelmetalle die Festigkeitseigenschaften des Stahles in sich vereinigen und deshalb in hervorragender Weise für den Haushalt geeignet sind. Aus der großen Zahl der aus nichtrostendem Stahl hergestellten Gegenstände sind im Haushalt besonders Bestecke und Messer beliebt. Tafelgeräte aller Art, Töpfe, Pfannen, Schüsseln, Platten und Schalen aus Cromargan hergestellt, sind geradezu ideal im dauernden Gebrauch. Die schöne, silberähnlich blanke Farbe, die gleichbleibt, ohne daß umständliches Putzen erforderlich ist, die durchgehende, also nicht nur an der Oberfläche vorhandene Festigkeit dieser Geräte, die sich selbst im Großbetrieb glänzend bewährt hat, und der Umstand, daß die darin zubereiteten oder aufbewahrten Speisen nichts von Aussehen und Geschmack einbüßen, sind schätzenswerte Vorteile. Die Reinigung dieser Geräte ist hygienisch einwandfrei durch Abwaschen in warmem Wasser und Abtrocknen erreicht, sie sehen selbst nach jahrelangem Gebrauch immer wieder wie neu aus.

Bei der Anschaffung solcher Geräte ist es wichtig, darauf zu achten, daß man nicht Nachahmungen dieser Metalle kauft. Nur die Namen Nirosta und Cromargan geben eine Gewähr für Qualitätserzeugnisse, während z. B. verchromte Gegenstände, die nur einen hauchdünnen Chromüberzug besitzen, nicht im entferntesten damit zu vergleichen sind. Der Chromüberzug ist nur begrenzte Zeit haltbar und läßt nach längerem Gebrauch abgenutzt, wieder Rost- und Fleckenbildung auftreten.

H. Sennwitz.

Gemeinschaftliches Testament

Das Testament soll dazu dienen, dem überlebenden Ehegatten das in der Ehe erworbene oder in die Ehe mitgebrachte Vermögen gegen fremde Eingriffe und Anfechtungen zu sichern. In sehr vielen Fällen haben darum die Eheleute das Bestreben, sich durch ein gemeinschaftliches Testament wechselseitig zu Erben einzusetzen und gleichzeitig die Nacherben zu bestimmen.

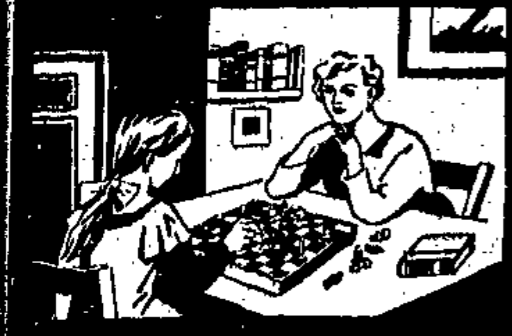
Nach § 2265 BGB. kann ein gemeinschaftliches Testament nur von Ehegatten, nicht aber z. B. von Verlobten errichtet werden. Zur Errichtung eines solchen Testaments genügt es, wenn das Testament entweder vor einem Richter oder vor einem Notar oder durch eine von dem Erblasser unter Angabe des Ortes und Tages eigenhändig geschriebene und unterschriebene Erklärung errichtet wird.

Nach § 2267 besteht bei gemeinschaftlichen Testamenten die einschränkende Bestimmung, daß nur der eine Ehegatte seinen letzten Willen in der vorgeschriebenen Form zum Ausdruck bringt, während der andere nur die Erklärung hinzufügen muß, daß das Testament auch als sein Testament gelten soll. Die Erklärung muß derartig in einem Zusammenhang mit dem Testament stehen, daß man keinen Zweifel an dem Zusammenhang zwischen Testament und Erklärung hat. Am besten ist es, wenn diese Erklärung räumlich unter dem Testament angebracht ist. Auch die Erklärung des anderen Ehegatten, daß obiges Testament als sein eigenes gelten soll, muß eigenhändig geschrieben sein und Angabe des Ortes und des Tages nebst der Unterschrift des Erklärenden aufweisen.

Ratsam ist es, in dem Testament nicht nur das Erbrecht der Kinder, sondern auch die Regelung der Erbschaft im Falle der Wiederverheiratung des überlebenden Teils vorzusehen. Ein gemeinschaftliches Testament kann nur von beiden Ehegatten zurückgenommen werden, das heißt beide Ehegatten zusammen sind jederzeit berechtigt, das gemeinschaftliche Testament wieder aufzuheben, ein neues zu errichten oder die Errichtung eines derartigen gemeinschaftlichen Testaments zu unterlassen. Falls einer der beiden Testamentserrichter zu Lebzeiten beider Ehegatten eine Änderung wünscht, so muß er diese dem anderen Ehegatten gegenüber in notarieller Form zum Ausdruck bringen.

Durch Auflösung der Ehe vor dem Tode eines der Ehegatten wird das Testament seinem ganzen Inhalt nach unwirksam, wenn die Ehe für nichtig erklärt wird. Wenn in dem gemeinschaftlichen Testament dagegen letztwillige Verfügungen getroffen worden sind, die außer jedem Zusammenhang mit der Ehe der Erblasser stehen und daher durch die Auflösung der Ehe nicht berührt werden, so bleiben diese Bestimmungen aufrecht. In diesem Falle ist es aber ratsam, bei der Abfassung des Testaments einen Notar hinzuzuziehen, da sich in diesem Falle sehr schwierige Rechtsfragen durch die Abfassung des Wortlautes nach dem Tode des Erblassers ergeben können.

Nach dem Tode eines der beiden Erblasser kann durch den überlebenden Ehegatten an dem gemeinsamen Testament keinerlei Änderung vorgenommen werden, denn das Recht zum Widerruf erlischt mit dem Tode des anderen Ehegatten. Der Überlebende kann jedoch seine Verfügung dadurch aufheben, daß er das ihm zugewendete ausschlägt. Die Ausschlagung erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Nachlaßgericht. In dem Testament muß ausgesprochen sein, daß die betreffenden Eheleute XY und Frau Lina, geborene Z., sich gegenseitig zu alleinigen Erben einsetzen. Auch ist darin zu bestimmen, wer nach dem Tode der beiden Erblasser das Vermögen erben soll. Auch sämtliche Bestimmungen oder Zuwendungen sind darin zu vermerken. Dann sind Ort, Datum und Unterschrift eigenhändig niederzuschreiben.



Unterhaltung und Wissen



Unter Samuel suchende

v. Fortsetzung.

Copyright by Malik-Verlag AG., Berlin.

Am Montagmorgen erfuhr Samuel, daß Professor Stewart zurückgekehrt sei, und suchte ihn auf. Er saß wartend in dem Studierzimmer des großen Mannes, während dieser sein Frühstück beendete.

Es war ein weiter, mit Bücherregalen angefüllter Raum. In der Mitte stand ein mit Büchern und Papieren bedeckter Tisch. Samuel hatte gar nicht geahnt, daß es auf der Welt so viele Bücher gebe; er betrachtete sie ehrfurchtsvoll, fühlte, hier sei er an der Quelle des Wissens. Sowohl dem Charakter als auch der Erziehung nach empfand Samuel ungeheure Achtung vor jeder Autorität. Er glaubte an die Majestät der Justiz — deshalb hatte es ihn so geschmerzt, verhaftet zu werden. Gläubte auch, daß die Kirche eine göttliche Einrichtung sei, die Geistlichen die Hirten der Völker seien. Und hier, auf dieser Anhöhe, lagte eine große Hochschule empor, und der Professor, auf den er wartete, war von den Mächtigen der Welt zum Priester des Wissens erwählt worden. Deshalb war Samuel für die ihm gewährte Güte äußerst dankbar und bereit, jede Krume guten Rates anzunehmen.

„Ach ja“, sagte der Professor und wischte die Brille mit einem seidnen Taschentuch. Samuel... wie lautete doch Ihr Name? Samuel...“

„Prescott, Herr Professor.“
„Ja, Samuel Prescott. Und wie ist es Ihnen seither ergangen?“

„Sehr gut, Herr Professor.“

„Ich wollte für Sie eine Nachricht hinterlassen, vergaß es aber völlig. Es gab soviel erledigen, meine Abreise kam ganz un erwartet. Ich... hm... ich hoffe, Sie haben nicht auf mich gewartet.“

„Ich hatte nichts anderes zu tun, Herr Professor.“

„Leider muß ich Ihnen mitteilen, daß ich für Sie nichts tun kann.“

Samuels Herz preßte sich zusammen.

„Sehen Sie“, der Professor schien etwas erlegen, „meine Schwester suchte nach einem Gartenarbeiter, aber nun hat sie schon einen angenommen.“

Samuel starrte den Professor an.

„Und, nicht wahr, der Mann entspricht völlig... sie kann ihn doch nicht ent lassen.“

Samuel starrte noch immer den Professor an; Angst und Kummer hatten ihm die Sprache geraubt.

„Es tut mir sehr leid, das brauche ich Ihnen wohl kaum zu sagen. Aber ich weiß von keiner anderen Anstellung.“

„Ja, was soll ich denn tun?“ brach Samuel aus.

„Es ist wirklich bedauerlich.“

Schweigen. Dann fragte Samuel ganz leise: „Herr Professor, was soll ein Mensch, der arbeitslos ist und hungrig?“

„Gott weiß“, entgegnete der Professor.

Und abormals trat Stille ein. Diese Antwort hätte Samuel, der völlig auf Gott vertraute, selbst zu geben vermocht.

Nach einer Weile schien der Professor zuzusehen, daß seine Antwort eine ungenügende sei. „Sehen Sie“, erklärte er, „hier in Lockmanville herrschen ganz besondere Verhältnisse. Es wurde ein Versuch unternommen, die Glasindustrie zu vertrusten; dies verursachte den Bau zu vieler Fabriken, und jetzt haben wir eine Überproduktion.“

„Aberdem wurde unlängst eine Maschine gekauft, die zwölf Männer ersetzt.“

„Was sollen die Männer anfangen?“

„Die Verhältnisse regeln sich allmählich. Die Leute gehen zu einer anderen Arbeit über.“

„Aber... die Spinnereien arbeiten ja auch verkürzt!“

„Ja, es gibt zuviel Baumwollspinnereien.“

„Dann wird es ja schließlich einmal von dem zuviel geben.“

„Wahrscheinlich. Freilich gibt es noch die ausländischen Märkte. Aber die Hauptschwierigkeit liegt tiefer.“

Professor Stewart hielt inne, betrachtete Samuel, fragte sich vielleicht, ob er seine Weisheit nicht vergeude. Aber der Bursche schaute interessiert, ja sogar aufgeregt drein. „Unsere Nationalökonom“, fügte der Professor hinzu, „scheuen sich, die Wahrheit auszusprechen: es gibt zu viele Menschen.“

Samuel schrak zusammen; dieser furchtbare Verdacht war auch ihm bereits gekommen.

„Es gibt ein Gesetz, Malthus hat es formuliert, demzufolge die Bevölkerungszahl die Tendenz hat, die Menge des Unterhalts zu übersteigen. Trifft dies ein, so müssen eben die überzähligen Menschen ausgerottet werden.“

„Ich verstehe“, erwiderte Samuel erschrocken. „Aber ist das nicht hart für die Überzähligen?“

„Dem Individuum mag es so erscheinen. Für die Menschheit hingegen bedeutet es eine Wohltat. Ist der Prozeß des Lebens.“



Samuel schwieg, aber seine Augen baten: „Erklären Sie es mir.“

„Betrachten Sie die Natur; Sie werden sehen, daß zahllose Einzelwesen erzeugt werden, die nicht die Reife zu erreichen vermögen. Der Lachs legt Millionen Eier, und in jedem Gebüsch wachsen Hunderte von jungen Bäumen. Diese Einzelwesen kämpfen um ihre Existenz, jene bleiben am Leben, die sich am besten den Verhältnissen anzupassen verstehen und die am stärksten sind. Und das gleiche gilt auch für die Menschen; bloß auf diese Art kann die Menschenrasse vervollkommenet oder auch nur auf ihrem jetzigen Niveau gehalten werden. Jene, die zugrunde gehen, sterben zum Nutzen der Menschheit.“

Es mag seltsam klingen, aber Samuel hatte noch nie den Satz vom „Überleben des Tauglichsten“ gehört. Er erlebte in diesem Augenblick das, was die denkende Welt vor siebzig Jahren erlebt hatte. Welch wundervolle Verallgemeinerung! Wie sie das ganze Leben umfaßte! Und wie begreiflich sie war! Hunderterlei wohlbekannte Dinge und Tatsachen paßten sich ihr an. Und er, Samuel, hatte noch nie darüber nachgedacht! Der Kampf ums Dasein! Das Überleben des Tauglichsten!

Vor einigen Tagen hatte Samuel die Musik entdeckt; nun entdeckte er die Wissenschaft. Wie seltsam ist doch der Menscheng Geist, der es versteht, die unendlich verschiedenen Tatsachen des Lebens zu sammeln, in einem gewaltigen Gesetz auszudrücken! Samuel glühte vor Erregung über diese Offenbarung. „Ich verstehe“, wiederholte er stets von neuem, „verstehe.“

„Das ist das Gesetz des Lebens“, sprach der Professor. „Niemand vermag ihm zu entgehen.“

„Wenn wir versuchen, die Dinge zu ändern, wenn wir zum Beispiel wohlthätig sind“, fragte Samuel, „so arbeiten wir demnach der Natur entgegen, machen alles nur noch ärger?“

„So ist es?“

Samuel seufzte tief. Wie einfach ist doch, im Lichte der Wissenschaft betrachtet, das ganze Problem. Da hatte er sich den Kopf zerbrochen, sich gequält, und war doch die ganze Zeit über in den Händen der Natur

gewesen — brauchte nur stillzuhalten und die Natur das Problem lösen lassen.

„Die Natur begeht keinen Fehler“, erklärte der Professor.

In diesem neuen Licht gesehen, war auch Samuels eigener Fall ganz klar.

„Die Arbeitslosen sind also jene, die im Kampfe zugrunde gegangen sind?“

„Ja“, erwiderte der Professor.

„Und sie gehen unter, weil sie untauglich sind?“

„Ja; wie Herbert Spencer es ausdrückt: Die Unfähigkeit, eine Beute zu erraffen, muß als mangelhaftes Erfüllen des Ideals aufgefaßt werden. Und in unserer industriellen Gemeinschaft bedeutet ‚Beute‘ selbstverständlich ‚Arbeit‘.“

„Wer ist Herbert Spencer?“ erkundigte sich Samuel.

„Eine der größten Autoritäten auf diesem Gebiet.“

„Demnach“, philosophierte Samuel weiter, „sind alle jene, die Arbeit finden, tauglich. Und die ganz Reichen, jene, die Millionen und Millionen verdienen, sind die allertauglichsten.“

„Ja, ja—a.“

„Dadurch wird auch mein persönliches Problem ganz einfach; ich finde keine Arbeit, muß daher sterben.“

Der Professor warf Samuel einen raschen, forschenden Blick zu. Aber die Aufrichtigkeit des Burschen war allzu offensichtlich. Er dachte gar nicht an sich selbst, entdeckte die Gesetze des Lebens.

„Ich bin so froh, daß Sie es mir erklärt haben“, fuhr er fort. „Aber alle diese Tausende von Menschen, die verhungern müssen — denen sollte es doch auch gesagt werden.“

„Was würde es Ihnen nützen?“

„Sie würden begreifen. Jetzt leiden sie, und das erscheint sinnlos und töricht. Wenn man ihnen aber erklärte, daß sie zum Wohl der Menschheit geopfert werden? Sie müssen doch selbst einsehen, daß dies einen gewaltigen Unterschied macht?“

Ein Mensch schreit um Hilfe

Hat denn kein Mensch Erbarmen mit mir?
Ich gehe zugrunde und verderbe
Die Langeweile erwürgt mich schier,
Hilfe, Hilfe, Ich sterbe!

Ich sterbe an der Arbeitslosigkeit,
Die mich zwingt, die Hände in den Schoß zu legen,
Ich verzweifle an der Tatenlosigkeit
Und kann nicht mehr länger so weiterleben!

Der Müßiggang ist mein ständ'ger Begleiter,
Ich gehe zugrunde daran,
Meine Kraft ist zu Ende, ich kann nicht mehr weiter,
Ich klage an, ich klage an!

Ich hatte ein Ziel, wollt' zu etwas kommen,
Wollt' meinen Mann im Leben stehn,
Ihr habt mir die Möglichkeit dazu genommen
Und zwingt mich, auf die Straße zu gehn.

Ich wurde ein Lump, lebte vom Fechten,
Lernte die Not und Sorge kennen,
Und in den kalten Winternächten
Mußt' ich in Fluren auf Treppen pennen!

Ihr nenntet mich einen Vagabunden,
Vielleicht war's bitt're Wahrheit,
Aber, anstatt daß meine Seele konnte gesunden,
Zerbrach sie an des Lebens Grausamkeit!

Ich war der Verachtete und der Verleumte,
Man sah in mir den Lumpen nur,
Mein Herz das sich nach Liebe sehnte,
Zertrat die menschliche Kreatur!

Mein Leben war ein bitt'rer Scherz!
Ich war nicht fromm und konnte nicht beten,
Aber ich hatte eine Seele und hatte ein Herz,
Und beides hebt ihr mir zertraten.

So ist er verkommen und verdorben,
Doch keinen von euch hat es gestört,
Hallo, ihr Menschen! Ein Mensch ist gestorben!
Habt ihr nicht seinen Todesschrei gehört?

H. Schulz, arbeitsloser Holzarbeiter

„Ich glaube nicht, daß die Leute diese Erklärung gutmütig aufnehmen würden“, meinte der Professor mit einem schwachen Lächeln.

„Weshalb?“

„Klänge es nicht etwas heuchlerisch, wenn sie ein Mensch gäbe — der Erfolg gehabt hat?“

„Keineswegs. Sie haben doch ein Recht auf Erfolg, nicht wahr?“

„Ich hoffe es.“

„Sie fanden Arbeit...“, Samuel zögerte. „Ich weiß nicht, wie ein Professor Arbeit bekommt, aber ich nehme an, daß die Leute, die ein großes Vermögen besitzen, die Weisesten und Besten, das Geld für die Hochschulen geben. Stimmt das?“

„Ja.“

„Und von diesen Leuten wurden auch Sie gewählt?“

Abormals warf der Professor dem Fragenden einen mißtrauischen Blick zu, erwiderte dann: „Hm, ja, man könnte es auch so sagen.“

„Das beweist demnach Ihr Recht, zu lehren. Sie könnten also die Sache ruhig erklären, den Leuten sagen: Es gibt euch zu viele, man kann euch nicht brauchen, ihr müßt ausgerottet werden.“

Aber der Professor schüttelte den Kopf: „Das geht nicht an!“

Samuel, nach seiner Gewohnheit grübelnd und suchend, fand einen Ausweg. „Ich begreife!“ rief er. „Was uns not tut, ist die Tat.“

„Die Tat?“

„Ja, wir, die Geschlagenen, müssen es lehren, durch unser Leben lehren. Es muß eine Art religiöse Erneuerung sein.“

„Ich kann dafür keine Notwendigkeit finden“, lachte der Professor, wider seinen Willen interessiert.

„Woll' Sie nicht zu uns gehören!“ rief Samuel heftig. „Und niemand anders kann uns verstehen, niemand. Es ist leicht, einer der Erfolgreichen des Lebens zu sein. Die haben ein behagliches Heim, genug zu essen und alles, was sie brauchen. Wenn man aber Mißerfolg hat, wenn man unten liegt, dann muß man Hunger und Kälte und Krankheit ertragen. Und Traurigkeit, Angst, Verzweiflung — davon haben Sie ja keine Ahnung. Ich kenne in dieser Stadt ein kleines Mädchen. Sie arbeitet in der Baumwollspinnerei; die Arbeit tötet sie, stückweise, Leib und Seele. Und dabei darf sie nur den halben Tag arbeiten; ihre Mutter versucht, die Kinder durch Nahrung zu ernähren; — die ganze Familie geht langsam am Hunger zugrunde. Heute früh forderten sie mich auf, mitzufrühstücken, und ich schlug es ab, weil ich wußte, daß es bloß etwas Brot und einige Kartoffeln gebe, kaum genug für einen Menschen. Dieses langsame Ausrotten, dieses allmähliche Verhungernlassen währt so lange. Und die Menschen foltern sich noch mit Hoffnung. Begreifen Sie es denn nicht, Herr Professor? Diese Menschen hoffen weiter, nur weil ihr nicht zu ihnen kommt und spricht: ‚Die Welt ist zu voll, ihr müßt gehen, damit wir mehr Aussichten haben.‘ Sehen Sie denn nicht, daß Sie dadurch den eigenen Zielen schaden? Diese Leute bleiben am Leben, bekommen immer mehr Kinder, alles wird immer ärger anstatt besser. Krankheiten wüten, Laster; die ganze Welt wird zugrunde gerichtet. Welchen Sinn hat die Welt, wenn sie dieser Stadt gleicht? Jämmerliche Hütten, voll von schmutzigen, kranken, hungernden, elenden Menschen. Ich begreife nicht, wie ihr, die ihr hier oben auf den Höhen lebt, das Leben genießen könnt, solange es derartige Dinge gibt.“

„Hm“, meinte Professor Stewart und schaute Samuel mit gerunzelten Brauen an. Er wußte nicht recht, ob er Belustigung, Rührung oder Empörung empfinden sollte. Samuel seinerseits hatte erkannt, daß er beim Professor nichts mehr zu suchen habe. Dieser hatte ihn alles gelehrt, was er lehren konnte. Auch verstand der Professor das Ganze nicht; aber das kam daher, weil er zu der anderen Welt, zur Welt der Erfolg-

reichen, gehörte. Wahrscheinlich hatten auch diese Leute ihre eigenen Probleme. Die Verständnislosigkeit des Professors wurde durch dessen nächste Worte noch deutlicher gekennzeichnet. „Es tut mir leid“, sagte er, „daß ich Sie enttäuschen mußte. Wenn ich Ihnen mit etwas Geld ausshelfen kann...“

„Nein“, erwiderte Samuel hastig. „Sie dürfen mir kein Geld anbieten. Das wäre Unrecht, wäre Wohltätigkeit.“

„Hm, ja. Aber... Sie erwähnten, daß Sie kein Frühstück zu sich genommen hätten. Wollen Sie nicht in die Küche gehen und dort etwas essen?“

„Was hat es denn für einen Sinn, die Dinge hinauszuschieben?“ rief Samuel wild. „Will ich die neue Lehre predigen, so muß ich doch gleich selbst damit beginnen!“

„Mit leerem Magen kann man nicht lange predigen“, warf der Professor ein.

Aber Samuel entgegnete: „Die Predigt muß durch die Tat geschehen.“

Damit entfernte er sich. Professor Stewart setzte sich an den Schreibtisch, auf dem das umfangreiche Manuskript seines Riesenwerkes lag: „Methoden zur Linderung des Übels: eine Theorie und ein

Programm.“ Die aufgeschlagenen Seiten trugen die Überschrift: LXIII. Kapitel: „Arbeitslosigkeit und soziale Verantwortlichkeit.“ Der Professor saß über den Titel gebeugt, starrte ihn an, starrte und starrte. (Fortsetzung folgt.)

Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

„Sozialdemokratische Parteikorrespondenz“, Jahrgang 1931. Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 888 S. Ganzleinen 6,50 Mk. — Die Parteikorrespondenz ist das für die Funktionäre und Referenten unentbehrliche Informationsorgan. Die fast lückenlose Darstellung aller wichtigen innen- und außenpolitischen Ereignisse, das umfangreiche Material über gegnerische Parteien und die informativsten Beiträge über fremde Staaten und die deutschen Länder machen die Parteikorrespondenz zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk.

Der Gendarm von Hildburghausen, ein national-symphathisches Traktätchen von Friedrich Wendel. — Die Polizeibehörde in Altenburg hat sich anerkennenswerterweise bemüht, für diese vom Dietz-Verlag herausgegebene 5-Pf.-Broschüre Reklame zu machen. Sie hat das Heftchen verboten mit der Begründung, die Darstellung Adolf Hitlers als Gendarm auf dem Titelbild der Broschüre sei geeignet, die Polizei Thüringens lächerlich zu machen. Natürlich mußte das Verbot aufgehoben werden, aber es hat den Absatz des Heftchens gesteigert.

Gewerkschaften, Friedensvertrag, Reparationen. Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerk-

schaftsbundes. Preis 15 Pf. — Die Broschüre bringt eine Zusammenstellung von Äußerungen der freien Gewerkschaften, die beweisen, daß es keine faktische Schwenkung bedeutet, wenn die Gewerkschaften jetzt Schluß mit den Reparationen verlangen.

Der Volksverband der Bücherfreunde hat den Frühjahrsnachtrag zu seinem Jahrbuch herausgegeben. Das Bücherverzeichnis steht im Zeichen des Preisabbaues: 110 Werke in der bekannten vorbildlichen Ausstattung, die bisher über 3,30 Mk. kosteten, sind im Preise um 10 Prozent gesenkt worden. Der Nachtrag zeigt das Programm der neuen Jahresreihen an, also Erstdrucke, die bisher in Deutschland noch in keiner anderen Form erschienen sind. Der Preis jedes dieser Jahresreihenbände beträgt in Hälfteln gebunden 2,90 Mk. Der Nachtrag wird jedem Interessenten kostenlos vom Volksverband der Bücherfreunde, Berlin-Charlottenburg 2, zugestellt.

Teubners Tabellenbücher. Heft H: Holzgewerbe von Gewerbeoberlehrer J. Flocken, Altona. 2. Auflage. Mit etwa 300 Abbildungen. 88 Seiten. Preis kartoniert 1,40 Mk. Durch DRGM. geschützt. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin. — Dieses kleine Werk enthält eine Unmenge wertvoller Angaben in übersichtlicher und anschaulicher Anordnung. Außer notwendigen Rechentafeln enthält es die gebräuchlichsten geometrischen Konstruktionen, Tafeln über Messung und Inhalt von Rund- und Schnittholz. Angaben über die zur Behandlung und Bearbeitung des Holzes erforderlichen Eigenschaften und viele andere Daten. Die handliche Form und die übersichtliche Textanordnung erhöhen den Wert des Werkes.

Das Tischlerhandwerk, bearbeitet vom Reichsverband des deutschen Tischlergewerbes e. V., Sitz Dresden. 36 Seiten. Verlag Reimar Hobbing, Berlin. Preis 80 Pf. — Die kleine Schrift ist in der Reihe der Schriften des berufsmündlichen Ausschusses bei der Hauptstelle der Reichsagentur für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erschienen. Der Zweck dieser Schriften ist es, den berufstuchenden Jugendlichen, seine Eltern und Erzieher sowie sonstige Inter-

essenten in die verschiedenen Berufe sachkundig einzuführen. Von der Schrift über das Tischlerhandwerk kann man sagen, daß sie diese Aufgabe erfüllt. Es ist eine objektive Darstellung des Berufs in knappster Form, doch ausführlich genug, um dem Laien einen Begriff von der Eigenart des Tischlerhandwerks zu geben. Im Hinblick auf die Herausgeber verdient insbesondere auch die objektive Würdigung der Gewerkschaften der Holzarbeiter alle Anerkennung.

Neues vom „Großen Brockhaus“. Wie wir erfahren wird der 11. Band des größten volkstümlichen deutschen Nachschlagewerks trotz der schweren Zeit planmäßig Mitte März erscheinen. Er wird die Buchstaben L bis M umfassen. Entsprechend der Notverordnung sind die Preise um 10 Prozent gesenkt worden, was von den zahlreichen Beziehern sicher sehr begrüßt wird. Wir werden auf den Band nach seinem Erscheinen an dieser Stelle zu sprechen kommen.

Der Lungenkranke, was er wissen und wie er leben soll. Gemeinverständlich dargestellt von Dr. Wolfgang Bohn. Verlag von Hans Hedewigs Nachf., Curt Ronniger, Leipzig. Preis 2 Mk. — Der Verfasser bespricht in gemeinverständlicher Weise die Erscheinungen und Heilung der Tuberkulose als Einzelkrankheit und die Vorbeugung und Bekämpfung der Tuberkulose als soziales Leiden nach den Grundsätzen der biologischen Heilkunde. Was der Verfasser insbesondere über die Ehe der Tuberkulösen schildert, wird aber manchen Widerspruch wecken.

Diät und Lebensweise für Herzranke. Neuzzeitliche Wege zur wirksamen Behandlung chronischer Herzleiden. Von Dr. med. H. Malten. Süddeutsches Verlagshaus GmbH, Stuttgart, Birkenwaldstraße 44. Preis 2 Mk. — Der Verfasser zeigt dem Kranken, wie er sich zu verhalten hat, um dauernd bei Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit zu bleiben.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Kollegen, die noch keinen

Almanach für 1932

erhalten haben, sollten sich umgehend mit dem Beitragskassierer oder direkt mit der Verwaltungsstelle in Verbindung setzen.

Solange der Bestand reicht, wird der Almanach 1932 für nur 80 Pfennig abgegeben.

Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes / Berlin SO 16

Original-süddeutsche Hobelbänke 68 Mk.

la Qualität, 200 cm mittlere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindeln, ab südd. Station. Garantie für jede Bank. Abbildungen u. Werkzeugkatalog gratis. M. WALTHER / Dresden-N. Rebfelder Straße 53

ARTIFEX

Schleifblöcke für viele Zwecke unübertrefflich! Artifex Chem. Fabrik G. m. b. H., Altona-Steilungen, Kieler Straße 339.

Gummwaren Medicus

Hygienisch. Artikel Preisliste gratis. Berlin SW 68. Alte Jakobstraße 8.

Sozialer Ratgeber

Mitgliedschaft, Beiträge, Ansprüche und Verfahren

Wichtig oder Versicherungs-Versicherung... Preis 2, - Mark

Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarb.-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2

Original-süddeutsche Hobelbänke 65 Mark.

2 m mittlere Blattlänge. Stahlspindeln. Werkzeug-Neuheiten! Preisliste gratis und franko. Otto Bergmann Berlin-Lichterfelde-West

Hobelbänke 60 RM.

2m lang. Stahlspindel, kompl. (a) Qual. Blatt 1a gedreg. Rotbuche. Garantie Werkzeuge. Abbildung und Preisliste gratis. Karl Ramisch, Pirna „Kaserne“

Hobelbänke 25 bis 40 M.

gebraucht und gut erhalten. Schraubzwingen Knechte, Werkzeuge usw. neu und gebraucht, billig und gut. Heinrich Genuit, Berlin O 17. Warschauer Straße 38-42.

Billigböhm. Bettfedern. nur reine, gutfüll. Sorten. — Ein Kilo: graue geschlossene 2,50 Mk., halbweiße 3 Mk., weiße 4 Mk., bessere 5 Mk., u. 6 Mk., daunenreiche 7 Mk. und 8 Mk., beste Sorte 10 Mk. und 12 Mk., weiße ungeschl. Ruppfedern 6,50 Mk. u. 7,50 Mk., beste Sorte 9,50 Mk. Versand franco zollfrei, gegen Nachn. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 782 bei Pilsen (Böhmen).

Kunsttechnische Handbücher zur Selbstschulung im Zeichnen u. Malen

- Nr. 1. Zeichnen für alle. Ein Wegweiser zur Zeichnerkunst nach neuen Richtlinien. Mit 147 Abbildungen und 7 Tafeln. Von A. Gruber. Mk. 3. —
Nr. 2. Technisches Zeichnen. Eine Anleitung zur Anfertigung technischer Zeichnungen für alle technischen Berufszweige. Mit zahlreichen erläuternden Abbildungen. Von A. Gruber. Mk. 3. —
Nr. 3. Das Landschaftszeichnen. Eine Anleitung für Anfänger mit zahlreichen Abbildungen und Vortafeln. Von A. Rinneberg. Mk. 1,75
Nr. 4. Skizzieren auf Wanderungen. Mit 50 Textbildern. 16 Tafeln. Von A. Rinneberg. Mk. 1,75
Nr. 5. Perspektivische Zeichnung nach der Natur. Eine leichtfaßliche Anleitung für den Anfänger, mit einem Anhang über Feder- und Bleistiftzeichnen. Von A. Gruber. Mk. 2,50
Nr. 6. Konstruierende Perspektive. Mit einer Einführung in das perspektivische Zeichnen nach der Natur. Von Aug. Schmid. Mk. 1,75
Nr. 7. Kopierzeichnen. Kurzgefaßte Anleitung zur zeichnerischen Darstellung des menschlichen Kopfes mit zahlreichen Bildern und mit Vortafeln. Von K. Wellner. Mk. 2,50
Nr. 8. Kreide und Kohle. Anleitung zum Zeichnen mit Kreide und Kohle für Anfänger. Mit zahlreichen Abbildungen und Vortafeln. Von A. Rinneberg. Mk. 2,50
Nr. 9. Das Zeichnen mit Farbstiften. Kurzgefaßte Anleitung für das Malen mit Buntstiften und Ölkreiden, insbesondere für landschaftliche Darstellung. Von E. von Tann. Mk. 1,75
Nr. 10. Federzeichnen. Eine Anleitung für Anfänger und Freunde des Zeichnens mit der Feder. Mit vielen Abbildungen. Von A. Gruber. Mk. 2,50
Nr. 11. Technik der Malerei. Mit einer kurzgefaßten Farbenlehre für Künstler und Kunstbegeisterte, gemeinverständlich dargestellt. Von Prof. Albert Wirth. Mk. 2,50
Nr. 12. Blumenmalerei in Wasserfarben. Eine sehr praktische Anleitung für Anfänger. Von Fr. W. Duffield. Mk. 2,50
Nr. 13. Aquarellmalerei. Eine Anleitung für Theorie und Praxis. Mit 4 farbigen Tafeln. Von Ferd. Nockher. Mk. 2,50
Nr. 14. Pastellmalerei. Eine Anleitung für Anfänger mit 3 farbigen Tafeln, das allmähliche Entstehen eines Pastellbildes darstellend. Von G. Teissédre. Mk. 2,50
Nr. 15. Die Temperamalerei und ihre Anwendung in Handwerk und Kunst. Vollständige Anleitung mit vielen Rezepten, Beispielen und Vortafeln. Von Hans Nolpe. Mk. 2,50
Nr. 16. Ölmalerei. Einführung in Techniken und Bildeaufbau. Von Kurt Weibte. Mk. 2. —
Nr. 17. Landschaftsmalerei in Öl. Anleitung für Anfänger. Von W. Williams. Mk. 1,75
Nr. 18. Technik der Miniaturmalerei auf Elfenbein und Pergament. Von L. Becker-Emmerling. Mk. 2,50
Nr. 19. Der Holzschnitt und der Linoleumschnitt. Eine Einführung in ihre Technik für Künstler und Laien. Mit vielen Abbildungen. Von W. Schürmeyer. Mk. 2,50
Nr. 20. Anatomisches Taschenbuch für Künstler. Für den praktischen Gebrauch des Künstlers, des Kunststudierenden und kunstbegeisterten Laien. Ausgearbeitet von H. Schuster. Mit 9 Tafeln von R. Henry. Mk. 6. —

FORDERN SIE den neuen Lehrplan der Tischlerfachschule Blankenburg (Harz) an.

Die moderne Ausbildung für den weiterstrebenden Tischler

„Wie der Tischler zeichnet“

findet man in den beiden Bänden

PRAKTISCHE WINKE von Arch. Schultheiss und Ulrich

- BAND I in Ganzleinen gebunden, enthält: Wie konstruiere ich? Massnahmen im Bau. Möbelmasse. Kalkulation. Buchführung. Die maschinelle Einrichtung
BAND II in Ganzleinen gebunden, enthält: Vom Fachzeichnen des Tischlers. Die Werkstattzeichnung. Perspektive. Bautischlerarbeiten. Herstellung der Türen und Fenster. Fachtechnisches. Werbebildigkeit

leder Band 2,50 Mark, zusammen bezogen 4,50 Mark

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2

Sprechmaschinen-Laufwerke

zum Selbststeinbau, la Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mark. Tonarme, Trichter, Schallrohren und Teller in großer Auswahl sowie Regulator-, Tisch- und Hausuhrwerke zum Selbststeinbau, nach Katalog, der gratis und franko versandt wird von Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 10

Beiz- und Poller-Meister-Kursus der Tischler-Fachschule Köthen

Beginn am 4. April. Prospekt gegen Rückporto

Leimölen, Furnierböcke

fabriziert als Spezialität, Preis: gratis. P. 104, Stuttgart, Hermannsstraße 13

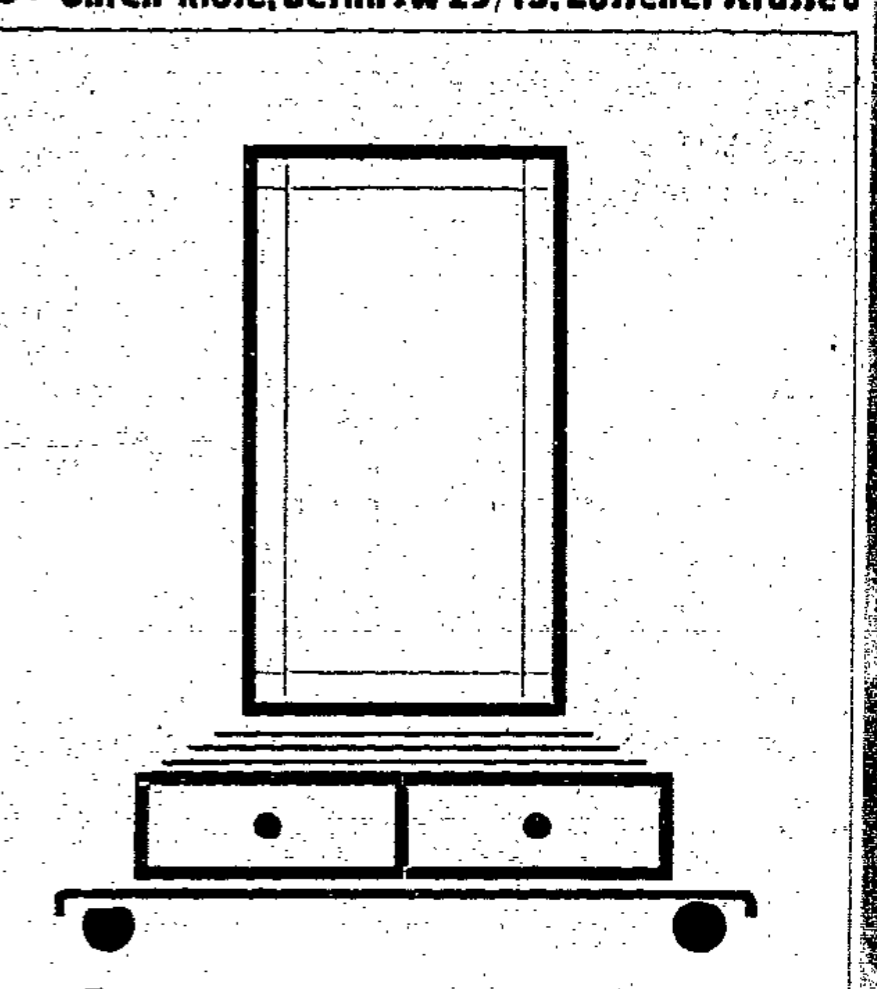
Der vorzügliche Büro- und Zeichenstift

Zedernholz mit feinsten Mine 6kantig, gelb poliert, in Härten 2 u. 3 ist wieder eingetroffen. Das Dutzend 75 Pfennig, Gros 8 Mark. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Grosser Preisabau! Billige böhmische Bettfedern!

Prund graue, gute geschlossene Bettfedern 60 Pl., bess. Qual 80 Pl., halbweiße flaumige 1 M., 1,20 M., weiße, flaumige geschlossene 1,50 1,90 2,50 M., feinste geschlossene Halbflaum-Herrschafsfedern 3, — 4, — 5, — M. Ruppfedern, ungeschlossene mit Flaum gemengt, halbweiß 1,35 M., weiß 1,95 M., weisser, allerfeinstes Flaumrumpi 2,25, 3,25, 4,25 M., Muster und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Plid. an auch portofrei. Nichtpassendes wird umgetauscht oder Geld zurück. S. Benisch, Prag XII, Amerika ulice Nr. 180, Böhmen

Wer Taschen- und Armbanduhr ganz billig kaufen will, verlangt Preisliste gratis von Uhren-Klöse, Berlin SW 29/15, Zossener Strasse 8



Ergänzt durch einen 72seitig. Katalog

Neuzeitliche Möbel

enthaltend: Wohn-, Speise-, Herren-, Schlafzimmer-, Küchen- und Vorplatzmöbel; Stühle, Tische, Standuhren, Klein- und Polstermöbel aller Art, erscheint soeben das Werk:

Moderne Möbel

48 Tafeln in neuer Auflage. Preis 13,50, Organisationspr. 10 Mk. Verlagsanstalt des Deutsch. Holzarb.-Verbandes, Berlin SO, Am Kölln. Park 2